

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adamez

21. Dezember 1948

Blatt 1829

## Die Budget-Debatte im Wiener Gemeinderat

=====

Das Referat über das VI. Hauptstück, Bauangelegenheiten, erstattete noch gestern abend Amtsführender Stadtrat Novy (SPÖ). Er betonte, daß die Hauptpost des Voranschlages der Hauptgruppe VI mit 172,5 Millionen Schilling, die Post für den Wohnbau darstelle. Es ist der Betrag, mit dem die Gemeinde im nächsten Jahr den sozialen Wohnhausbau weiter fortsetzen will. Bei einem Vergleich des Jahres 1948 mit 1949 müßte man glauben, daß nahezu das Doppelte gebaut wird. Das stimmt jedoch nicht ganz, weil mit den rund 93 Millionen Schilling des Jahres 1948 nicht nur der soziale Wohnhausbau sondern auch die Kriegsschadenbehebung durchgeführt worden sind. In Wirklichkeit beträgt der Ansatz für 1949 mehr als das Dreifache dieses Jahres. 5 Millionen Schilling davon sind auch für Ersatzausführungen an kriegsbeschädigten Privatwohnhäusern vorgesehen, die seitens der Baupolizei veranlaßt werden. StR. Novy betonte jedoch, daß aus diesen Mitteln nur jener Teil repariert werden kann, der die Bewohner oder die Passanten gefährdet.

Der Redner gab dann einen genauen Überblick über den Unterschied zwischen den Bauausführungen des Jahres 1948 und den geplanten des Jahres 1949. 1948 wurde ein Programm begonnen, das zum Teil fertig ist, zum Teil im nächsten Jahr fertig wird, und rund 2.000 Wohnungen umfaßt. Diese Wohnungen haben eine bestimmte Größe. Im Laufe des Jahres wurde aber die Beobachtung gemacht, daß gegenwärtig ein besonderes Bedürfnis nach Kleinwohnungen herrsche. Während im Bauplan 1948 10 Prozent Einzelräume, 20 Prozent Wohnungen bestehend aus Wohnküche mit Zimmer, 35 Prozent bestehend aus Wohnküche, Zimmer, Kabinett, und 35 Prozent bestehend aus Kochküche, 2 Zimmer und Kabinett gebaut wurden, haben die bisher gemachten Erfahrungen zu einer Umstellung in der Verteilung der Typen geführt: Das Bauprogramm des nächsten Jahres umfaßt 10 % Einzelräume, 50 % Wohnküche-Zimmer-Wohnungen, 25 % Wohnküche-Zimmer-Kabinett- und 15 % Kochküche-2 Zimmer-Kabinett-Wohnungen.



Zu den beiden letztgenannten Kategorien ist jedoch zu sagen, daß in der Gesamtfläche ein Unterschied von nur 1 Quadratmeter besteht. Diese Umstellung soll aber nicht eine Dauererscheinung bedeuten, sondern nur, daß sich die Gemeinde immer nach den Bedürfnissen der Bevölkerung richtet. Auch die neuen Wohnungen werden selbstverständlich ein Bad besitzen.

Noch ein Unterschied besteht zwischen 1948 und 1949: Im ersten Halbjahr 1948 wurden 2 Hochbauten und 5 Siedlungsanlagen, im zweiten Halbjahr noch ein Hochbau und eine Siedlungsanlage zusätzlich begonnen. Der Siedlungsbau ist sicher notwendig und hat Vorteile gegenüber den Hochbauten. Er ist aber wesentlich teurer als ein Wohnhausbau in aufgeschlossenen Gebieten. Die Gemeinde hat sich daher entschlossen, mit den Mitteln, die für das Jahr 1949 zur Verfügung stehen nicht weiter Siedlungen zu bauen. Die begonnenen Siedlungen werden jedoch vollendet. Im kommenden Jahr sollen vor allem die Baulücken, die im Besitz der Gemeinde Wien sind, ausgebaut werden.

In diesem Zusammenhang gab StR. Novy zu bedenken, daß die der Gemeinde Wien gehörenden Baulücken in absehbarer Zeit zu Ende gehen werden. Die anderen Baugründe sind nicht alle frei sondern durch Schrebergärtner und Ernteländler besetzt. Es wird daher notwendig sein, zur Fortsetzung des sozialen Wohnhausbaues Grundpolitik zu betreiben. Die Mehrheit des Hauses wird darüber in absehbarer Zeit Vorschläge einbringen. Im Interesse eines geordneten und planmäßigen Wiederaufbaues wird es unbedingt notwendig sein, in irgend einer Form Maßnahmen zu treffen, die es ermöglichen, Bauplätze, auch wenn sie im Privatbesitz sind, gegen Entschädigung der Gemeinde zur Verfügung zu stellen und im Interesse der Allgemeinheit zu verbauen.

Dann beschäftigte sich StR. Novy damit, daß GR. Hiltl dem VBgm. Weinberger für das Zustandekommen eines Generalstadtplanes für Wien gedankt hat. Er wandte sich scharf dagegen, aus dieser Tatsache politisches Kapital für die ÖVP herauszuschlagen. VBgm. Weinberger hat nicht mehr Verdienst als jeder andere Gemeinderat an dem Zustandekommen des Generalstadtplanes für Wien. Die Verdienste dafür liegen nämlich bei jenen Beamten, die seit Jahren an den Voraussetzungen eines solchen Generalstadtplanes arbeiten. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)



Mit den vorgesehenen Mitteln für die Gebäudeerhaltung wird es nicht möglich sein, alle Wünsche bezüglich der Wiederherstellung und Ausgestaltung vor allem der Amtshäuser zu befriedigen.

Die Abteilung Strassenbau hat nach Massgabe der vorhandenen Geldmittel versucht, Strassenverbesserungen in möglichst grossem Umfange vorzunehmen, wobei noch darauf verwiesen werden soll, dass der schlechte Strassenzustand hauptsächlich auf die Vernachlässigung und Überbeanspruchung in der Kriegszeit zurückzuführen ist.

Auf dem Gebiete der Wiederherstellung der Brücken und des Wasserbaues wirkt sich noch immer die blinde Zerstörungswut in den letzten Kriegstagen aus. Hier werden wir noch mehrere Jahre brauchen, um alle Schäden auszubessern.

In der Frage des Wiener Hafens sind die drei Parteien des Hauses einheitlicher Auffassung. Bekanntlich sind Verhandlungen im Gange, um den Bund zu veranlassen, zum Ausbau des Hafens Mittel zur Verfügung zu stellen, da es sich hier nicht um eine reine Gemeindeangelegenheit, sondern eine gesamtösterreichische Frage handelt. Eine Verzögerung des Baues würde ungeheure wirtschaftliche Schäden für ganz Österreich bringen.

Die Behebung der Kriegsschäden im Wiener Kanalnetz ist fast zur Gänze abgeschlossen.

Man braucht gar nicht besonders zu erwähnen, welche Wichtigkeit gerade die Wasserwerke für die Gemeinde Wien und ihre Bevölkerung haben. Es gibt ja in der ganzen Welt kein besseres Trinkwasser als in Wien, und wir müssen im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung alles daransetzen, diese Qualität zu verbessern. Auch hier sind die Kriegsschäden schon vollständig behoben. Eigentlich hat diese Magistratsabteilung mit 39.6 Millionen sehr grosse Ausgaben, jedoch sind tatsächlich nur Mehrausgaben von 8 Millionen zu verzeichnen, da die Wasserwerke 31 Millionen Schilling an Einnahmen hereinbringen. Die Wasserwerke wurden niemals auf Gewinn berechnet, sondern stets als Wohlfahrtseinrichtung der Gemeindeverwaltung betrachtet.



Das Netz der öffentlichen Beleuchtung verfügt heute bereits über mehr Kilometer, als es je zuvor aufwies. Wenn im Budget noch immer Wiederherstellungskosten präliminiert sind, so handelt es sich hier um die Installierung jener Strecken, wo während des Krieges die Gasbeleuchtung zerstört wurde, die jetzt elektrifiziert werden.

Möge auch in vielen anderen Verwaltungszweigen der Vorwurf berechtigt sein, daß es dort zu viele Angestellte gibt, in der Verwaltungsgruppe VI trifft dies jedoch nachweisbar nicht zu, zumindest nicht für die dort beschäftigten technischen Angestellten.

Im Rahmen der Durchführung des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes ist vom Handelsministerium eine große Menge von Formularen ausgegeben worden, die alle an das Stadtbauamt zur Überprüfung geleitet werden. Das Stadtbauamt hat nun über den Bürgermeister dem Ministerium mitgeteilt, daß die Gemeinde nicht mehr in der Lage ist, diese Arbeiten für das Ministerium zu machen, Entweder muß das Ministerium einen Zuschuß gewähren oder eine Vereinfachung der Fragebögen durchführen.

Im Hinblick auf die großen Leistungen des Bauamtes für den sozialen Wohnhausbau und die Behebung der Kriegsschäden gebührt den Angestellten des Bauamtes für ihre wirklich hervorragenden Leistungen der Dank des Gemeinderates. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Als erster Debatteredner ergriff GR. Maller (KPÖ) das Wort. Nach dem Kriegsende sei die Wohnbautätigkeit die wichtigste Aufgabe der Gemeinde Wien. Der Mensch kann auf vieles verzichten, nie aber auf seine Wohnung. Auf dem Gebiet des Wohnungsbaues hat es in den Jahren 1945 und 1946 große Schwierigkeiten gegeben. Es bestand großer Materialmangel und auch die notwendigen Arbeitskräfte waren nicht vorhanden. Aber auch heute bestehen noch Hindernisse, den Wohnungsbau so durchzuführen als geplant ist. Der Redner ist aber überzeugt, daß StR. Novy alle Möglichkeiten überprüfen wird, damit auch die noch bestehenden Schwierigkeiten beseitigt werden können.



Der Redner stellte fest, daß die Unterbrechung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien im Jahre 1934 großen Schaden nach sich gezogen habe. Es sei dadurch das Wohnungselend noch bedeutend vermehrt worden.

Seit dem Jahre 1945 seien in Wien zahlreiche Wohnungen eingestürzt und verfallen. Zur gleichen Zeit sei aber von der Gemeinde Wien keine einzige Wohnung bezugsfertig gemacht worden. Der Redner bemerkte hiezu, daß im Gemeinderat oft mit Zahlen jongliert und Versprechungen gemacht werden, die aber noch nicht erfüllt wurden. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß anlässlich der Grundsteinlegung für die Per Albin-Hansson-Siedlung betont wurde, daß dort in wenigen Monaten 800 Familien Wohnungen erhalten werden. Bisher wurde keine einzige Wohnung in dieser Siedlung fertiggestellt. In der Presse war nun zu lesen, daß in der Siedlung bis Weihnachten 100 Wohnungen fertiggestellt sein würden, doch habe StR. Novy heute kein Wort davon erwähnt.

GR. Maller betonte, daß man sich des Eindruckes nicht erwehren könne, daß es hier nur um den optischen Effekt nach außen gehe. Es sei für den Wiener Gemeinderat unwürdig, auf diese Art und Weise seine Bauvorhaben herabzuwürdigen.

Der Redner erwähnte dann einen Satz aus der letzten Radiorede des StR. Novy: "Nach 11 Jahren Faschismus, nach 6 Jahren Krieg setzt heute die Gemeinde Wien unter der Verwaltung der Sozialisten den sozialen Wohnhausbau wieder fort; dies möge die Bevölkerung im Wahljahr 1949 wohl bedenken." Daraus könnte der Schluß gezogen werden, bemerkte GR. Maller, daß die Fertigstellung der Bauvorhaben bewußt auf das Wahljahr 1949 verzögert werde. Die Wiener Gemeindewohnungen werden aber aus öffentlichen Mitteln und nicht von einer Partei gebaut.

Der Redner erinnerte dann wieder an das kommunistische Wohnbauprogramm. Er betonte, daß nur die Gemeinde Wien imstande ist den Mieterschutz zu retten. Es seien ihm Informationen zugekommen, daß der Parteivorstand der SPÖ plane, aus der Mietervereinigung eine Parteiorganisation zu machen. Die Spaltung der Mietervereinigung würde aber den Tod des Mieterschutzes bedeuten.



GR.Maller forderte die Gemeinde Wien auf, den Mieterschutz durch eine verstärkte Bautätigkeit zu untermauern.

Weiter verlangte er im Hinblick auf die Tatsache, dass die Gemeinde Wien nur mehr über Baugründe für 10.890 Wohnungen verfügt, Pläne zur Sicherung von Baugründen auszuarbeiten. Wenn notwendig, sollten Enteignungsmassnahmen ergriffen werden.

Redner verwarft sich gegen den Vorwurf, die kommunistische Partei sei zu den Wiener Fragen negativ eingestellt. Wir Kommunisten haben keine negative Einstellung zu den Wiener und Österreichischen Fragen, eben deshalb haben wir seinerzeit das Wohnhausprogramm ausgearbeitet. Er regt gemeinsame Beratungen aller drei Parteien über ein Wohnhausprogramm an, da dieses nicht das Programm einer Partei sein könne, sondern Gemeingut aller drei Parteien werden müsse. Seine Partei werde für die Ansätze dieser Gruppe stimmen.

GR.Dr. Prutscher (ÖVP) geht von dem Gedanken der Notwendigkeit eines Generalplanes für den Wiederaufbau aus, der jedoch nicht Schema oder Klischee sein dürfe, sondern seine Gesetze den augenblicklichen Umständen und den Bedürfnissen der Menschen ablausche. Unter den in der Planung an der Spitze stehenden Probleme sei die Frage des Schnellverkehrs und der Untergrundbahn. Redner legt dazu den Antrag vor, als den ersten Teil der Planung die des Verkehrs, insbesondere des Schnellverkehrs, und einer künftigen U-Bahn vorzunehmen und diese den weiteren Plänen zugrunde zu legen.

Er hebt des weiteren das Problem des Ausbaues eines Hafens heraus, der die Möglichkeit gebe, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Grundlage zu neuen Siedlungen zu legen und ungesunde Fabriken aus dem Stadtinneren an die Peripherie zu bringen. Er stellt den Antrag, für den Bau des Hafens im Südosten von Wien einen Betrag von 12 Millionen Schilling vorläufig als Sperrbetrag in das Budget einzusetzen und ehestens ein vollständiges Projekt der Hafenanlagen auszuarbeiten und dem Wiener Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen, damit dann, wenn die nötigen Mittel hiefür vorliegen, auch tatsächlich sofort mit den entsprechenden Arbeiten begonnen werden kann.



Von der Notwendigkeit der Produktivität auf allen Gebieten ausgehend, fordert Redner auch eine solche für das Bauwesen und beantragt, die Gemeinde Wien möge zum Zwecke der Förderung der Wiederinstandsetzung und Ausgestaltung kriegsbeschädigter gewerblicher Betriebe zinsenlose Darlehen gewähren oder hierfür den Zinsendienst übernehmen. Der Höchstbetrag eines Darlehens soll im Einzelfall 50.000 Schilling betragen. Diese Beträge würden sich in kurzer Zeit nützlich erweisen, weil sie es ermöglichen, mit geringeren Beträgen größere Werte für unsere Bevölkerung zu schaffen.

GR. Dr. Prutscher erinnert daran, daß in den Jahren 1891 bis 1914 jährlich rund 12.000 Wohnungen, in den Jahren seither jährlich durchschnittlich 2.900 Wohnungen neu gebaut wurden. Wenn man bedenkt, daß jährlich über 2.000 Wohnungen unbenutzbar werden, wird mit dem Bau neuer Wohnungen in dem bisherigen Ausmaß gerade nur die Zahl an Wohnungen erhalten. Zur Behebung der Wohnungsnot muß daher mehr als bisher gebaut werden, dies umso mehr, als die Zahl der Eheschließungen im Jahre 1947 <sup>bereits</sup> wieder auf 19.400 gestiegen ist.

Man muß alle Mittel aufwenden, um den Wohnhausbau wieder zu betreiben, und Überflüssiges unterlassen, so zum Beispiel den Bau von Kinos in Bezirken, die ohnehin mit Kinos übersät sind, wie zum Beispiel den geplanten Kinobau in dem Gemeindebau Sieveringer Straße 95.

Wenn man also sieht, daß man mit den 3.000 Wohnungen im Jahre nicht das Auslangen findet, müßte getrachtet werden, einen anderen Weg zur Beschaffung weiterer Wohnungen zu finden, der eine Behebung des Wohnungselendes bringen kann. Redner hält es dabei nicht für vertretbar, auch jenen Schichten der Bevölkerung, die sich einen höheren Zins leisten können, die Wohnungen zu einem Zins zu geben, der eine Fürsorgemaßnahme darstellt. Wir können die Mittel für den Wohnhausbau nicht unbegrenzt erhöhen, die Steuer-schraube ist auch auf das äußerste angespannt - Wien hat den traurigen Ruhm die höchst besteuerte Stadt zu sein - Kredite für die Wohnbautätigkeit wurden ebenfalls abgelehnt:



wir müssen also neue Mittel zur Förderung auch der privaten Wohnbautätigkeit heranziehen, das heißt, daß wir die gemeinnützigen Genossenschaften und alle jene, die sich im Rahmen des Wohnungseigentums eine Wohnung schaffen wollen, auch von Seite der Gemeinde Wien unterstützen müssen.

GR. Dr. Prutscher machte sodann den Vorschlag, daß von dem Betrag für den sozialen Wohnungsbau ein Betrag für die soziale Wohnbaupolitik abgezweigt werde. Er verwies nochmals darauf hin, daß in Zürich 73 Prozent der Wohnungen auf genossenschaftlicher Basis erbaut werden und stellte daher den Antrag, 60 Millionen Schilling auf einer Rubrik zur Unterstützung der gemeinnützigen Bauvereinigungen und auch zur Unterstützung Privater bereitzustellen, um Wohnungen bauen zu können. Durch diese Art von Darlehen wäre ein Weg zur Erweiterung des sozialen Wohnungsbaues gegeben.

Der Redner verlangte auch die Bereitstellung entsprechender Mittel für die Erhaltung von Wohnhausbauten, um die traurigen Ereignisse der letzten Zeit vermeiden zu können.

Als letzter Redner in der Debatte sprach GR. Witzmann (SPÖ). Er stellte eingangs fest, daß die Bedeutung der Geschäftsgruppe VI sich schon darin zeigt, daß sie auf der Ausgabenseite die größte Summe angesetzt hat.

Zu den Ausführungen seiner Vorredner gab er jedoch zu bedenken, daß man die übrigen Leistungen der Stadtverwaltung seit 1945 nicht vergessen dürfe. Allein bei der Schuttabfuhr mußten 1,163.000 Kubikmeter Schutt geführt werden. Im Straßenbau wurden seit 1945 1,765.000 Quadratmeter neu hergestellt. Die Kriegsschäden an den Brücken wurden zu 83,7 Prozent behoben. Die 1716 Bombenschäden an Kanälen sind zu 99 Prozent ausgebessert. Auch die Schäden in der Wasserversorgung sind fast zur Gänze behoben. Es waren 4826 Gebrechen und 14 Wasserbehälter, die repariert werden mußten, sowie 35 Kilometer Rohrauswechslungen. Das Gleiche gilt für die Beleuchtung, für die Gas- und Stromversorgung, die Schulen usw. usw.



Trotz diesen ungeheuren Aufgaben wurde auf die Wohnungen nicht vergessen. 70 Prozent der leicht beschädigten, 62 Prozent der schwerbeschädigten und 30 Prozent der total zerstörten gemeindeeigenen Wohnungen konnten wieder instandgesetzt werden. Das ist die Erklärung dafür, dass der Wohnungsbau nicht schneller vorwärts gegangen ist. Wer hätte es auch 1945 gedacht, dass 1948 noch immer vier Besatzungsmächte uns beglücken und jeder grosse Vorrechte für sich in Anspruch nimmt.

Wir alle bedauern es mit der Frau GR.Hiltl, dass für den Hafenausbau keine besonderen Mittel flüssig gemacht worden sind, aber allein die Baukosten für die erste Ausbaustufe, den Stückguthafen Freudenufer, würden 184 Millionen erfordern, davon 30 Millionen für das Bauprogramm für 1949, wobei in dieser Summe 20 Millionen für reine wasserbauliche Arbeiten aufgewendet werden müssten. Hoffentlich können die Verhandlungen mit dem Bund, der auf Grund des Wasserbauförderungsgesetzes bis zu 60 Prozent zuschiessen kann, zu einem günstigen Abschluss gebracht werden.

So begrüssenswert der Bau der Untergrundbahn wäre, muss man bedenken, dass jeder Baukilometer rund 10 Millionen Schilling Baukosten erfordert, also die erste Trasse von Mauer über Hietzing, Karlsplatz, Schwedenplatz, Reichsbrücke - eventuell zum Stadion - rund 150 Millionen Schilling, das ganze Untergrundbahnnetz von insgesamt 50 Kilometer somit rund 500 Millionen Schilling.

Um die Wohnungsnot zu lindern, werden wir dem sozialen Wohnhausbau unsere ganze Unterstützung angedeihen lassen, aber auch den genossenschaftlichen und den privaten Hausbau fördern. Leider muss ich hier die durch die Rede der GR.Hiltl aufgetauchten Illusionen über die Anzahl der durch den Wohn- und Siedlungsfonds zu errichtenden Siedlungen zerstören. Die vom Bund zur Verfügung gestellten 24 Millionen reichen höchstens zum Bau von 650 bis 750 Wohnungen, deren Mietzins - ohne Erhaltungs- und Betriebskosten - 200 Schilling monatlich betragen würde, eine für den überwiegenden Teil unserer Bevölkerung untragbare Belastung.



Dies erbringt neuerlich den Beweis, daß nur der soziale Wohnhausbau das Wohnungselend der arbeitenden Menschen beseitigen kann.

Im Konzentrationsbauprogramm vom Mai d.J. war eine Dachziegelproduktion von 82 Millionen Stück festgesetzt. Tatsächlich wurden jedoch nur 60 Millionen Stück erzeugt. Beim Zement lagen die Produktionsverhältnisse wesentlich besser, ebenfalls bei den Mauerziegeln, von denen 370 Millionen Stück erzeugt wurden, 55.000 davon in Wien. Von den in Wien erzeugten Mauerziegeln hat die Gemeinde nur 20 Millionen Stück in Anspruch genommen, 4 Millionen mußte sie durch Abschlüsse mit der Provinz herbeischaffen.

Daß in Wien ein großer Mangel an Mauerziegeln auftreten konnte, ist nur auf die sogenannte freie Wirtschaft zurückzuführen. Ziegel waren bekanntlich nur zu erhöhten Preisen und hintenherum zu bekommen. Im kommenden Jahr wird der Bedarf der Gemeinde Wien an Ziegeln 60 Millionen Stück betragen.

Aus dem Wiederaufbaufonds werden den privaten Bauherren 260 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Die Wiener Bauwirtschaft und die Baustoffproduzenten werden daher die größten Anstrengungen machen müssen, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Die Sozialisten werden sich von der Erfüllung der Aufgaben, die ihnen die Bevölkerung von Wien gestellt hat, nicht abhalten lassen, sie werden durch ein forciertes Wohnbauprogramm ihr Versprechen von 1945 einlösen und - wie in der Vergangenheit - auch in der Zukunft zu ihren Worten stehen, wie es das Volk von Wien von ihnen erwartet. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

StR. Novy ging in seinem Schlußwort auf die verschiedenen Anregungen und Kritiken ein. Der Mangel an Baumaterial sei noch nicht verschwunden und nur dem Umstand, daß die Gemeinde rechtzeitig vorgesorgt habe, sei es zu danken, daß genügend vorhanden ist. Nur die Versorgung mit Dachziegeln wäre noch ungenügend, da nur kleine Mengen erzeugt werden können.

Es wurde der Vorwurf gemacht, daß immer nur Ziffern genannt würden, denen keine Taten folgten. Der Redner bemerkte, daß er schon einmal im Gemeinderat ausführte, daß am Beginn jedes Bauens der Grundstein gelegt werde.



Bereits aber im Herbst dieses Jahres sind diesen Grundsteinlegungen die Dachgleichenfeiern gefolgt. In diesem Jahre hat es aber auch schon eine Reihe von Besiedlungen von Neubauten gegeben. Diese noch von den Nazis begonnenen Bauten wurden von der Gemeinde fertiggestellt. Sie sind aber gegenüber der sonst von der Gemeinde gebauten Wohnungen so schlecht, dass ihre Fertigstellung nicht erwähnt wurde.

Auf die Behauptung, dass das Bauprogramm nicht eingehalten werde, erwiderte StR. Novy, dass dies/<sup>nur</sup>zum Teil, und zwar wegen Mangel an Material und Arbeitskräften für Neubauwohnungen zutreffe. Das Programm der Wiederherstellung der zerstörten Wohnungen sei aber hingegen voll erfüllt worden, ja es wurden sogar zweimal so viel Wohnungen hergestellt als geplant war. Wenn man also die Bautätigkeit der Gemeinde summiert, wurde weit mehr als programmgemäss vorgesehen war erreicht.

Bezüglich des Satzes aus seiner Radiorede, bemerkte StR. Novy, es sei nicht zutreffend, dass die Gemeinde mit ihrem Bauprogramm 1948 im Jahre 1949 Staat machen wolle. Es wurde getrachtet so viel als möglich noch im Jahre 1948 zu bauen. Mit dem Bauprogramm für 1949 wolle die Gemeinde allerdings besonders hervorheben, was die sozialistische Mehrheit in ihrer Politik konsequent bleibend, zu leisten imstande ist. (Starker Beifall bei den Parteigenossen).

Auf die Bemerkung des GR.Maller, dass der Mieterschutz nur durch den sozialen Wohnhausbau untermauert werden könne, erwiderte der Referent, dass diese Tatsache schon vor 1934 bekannt gewesen sei. Nur die soziale Wohnbautätigkeit ist imstande den Mieterschutz zu halten und nur in Zeiten des Mieterschutzes ist sozialer Wohnhausbau möglich. (Rufe: Sehr richtig und Beifall).

Stadtrat Novy führte wörtlich aus:

"Auf den Kampfruf des GR.Maller: Der Mieterschutz ist kein Opferlamm für die Schicksalsgemeinschaft SPÖ und ÖVP! möchte ich erwidern: Die Mietervereinigung ist kein Opferlamm für die KPÖ! (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen).



21. Dezember 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1240

Gemeinsame Beratungen über ein Wohnbauprogramm haben schon bisher im zuständigen Ausschuß stattgefunden und werden nach wie vor stattfinden.

Die Feststellung des GR. Prutscher, daß von seiner Partei ein Generalstadttregulierungsplan gefordert wurde, stimmt, doch kann er deshalb jetzt nicht diesen Plan als Verdienst für die ÖVP reklamieren. Die Planungsarbeiten wurden bereits im Jahre 1945 begonnen, ehe noch die Forderung danach hier im Hause laut wurde.

Für eine Schnellbahn sind alle drei Trassen fertig, aber die zum Bau notwendigen 500 Millionen sind nicht vorhanden, und es ist derzeit auch unmöglich, sie aufzutreiben.

Alle Kinos, die gebaut werden, werden nachweisbar nicht auf Kosten der Gemeinde Wien, sondern auf die der Interessenten gebaut. Auf den aus den Reihen der ÖVP kommenden Einwand, daß die Kiba, die ein Unternehmen der Gemeinde Wien ist, Kinos baue, erklärt der Amtsführende Stadtrat: "Wenn wir durch die Kiba imstande sind, uns einige Einnahmen zu verschaffen, so fließen diese nicht in den Sack einzelner privater Kinobesitzer sondern in die Tasche der Gemeinde Wien, und <sup>wir</sup> können dafür vielleicht wieder um zehn oder fünfzehn Wohnungen mehr bauen!" (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Als wir den Siedlungsbau einstellten, haben wir sofort mit dem Siedlerverband verhandelt, ob es nicht möglich ist, durch sein Eingreifen auf genossenschaftlicher Basis Siedlungen zu erbauen, die trotz der Aufschließungskosten nicht höher als Bauten in bereits aufgeschlossenen Gebieten kommen.

Zu dem An.rag auf Gewährung von Zuschüssen für Privatbauten erklärt der Berichterstatter, er werde dessen geschäftsmäßige Behandlung beantragen, gebe aber zu bedenken, welche Auswirkungen dies haben werde. Wenn GR. Prutscher als Beispiel angeführt habe, man solle von dem für das Wohnbauprogramm präliminierten Mitteln 50 Millionen zum Bau von privaten Genossenschaften abzweigen und von diesen den gleichen Betrag verlangen, so daß die doppelte Anzahl von Wohnungen gebaut werden könne,



halte er diese Vorgangsweise für gefährlich, da dann wohl die doppelte Anzahl von Wohnungen für Leute gebaut werde, die imstande wären, sofort grössere Summen zum Bau solcher Wohnungen auf den Tisch zu legen, nicht aber für die breite Masse der Bevölkerung. (Widerspruch bei der ÖVP, Rufe: Dadurch werden ja wieder Wohnungen frei.) Wir müssen uns diese Sache gut überlegen, bevor wir zu einer Lösung kommen, die letzten Endes das Interesse der grossen Masse der Bevölkerung vertritt.

Dann beschäftigte sich StR.Novy mit der Tatsache, dass in Zürich 73 Prozent aller neuen Wohnungen auf genossenschaftlicher Basis gebaut werden. In Zürich gibt man aber der Genossenschaft 45 Prozent der Bausumme als nicht rückzahlbares Kapital, das auf Bund, Land und Gemeinde zu je 15 Prozent aufgeteilt wird. Das gibt man, um die genossenschaftliche Bauweise zu fördern; aber auch damit der Mieter dann 20 Prozent seines Monatseinkommens Zins zu zahlen hat. Man schenkt also beinahe die Hälfte der Bausumme und trotzdem kommen die Mieten auf 20 Prozent des Monatseinkommens eines durchschnittlichen Schweizer Arbeiters. Also auch hier muss man sehr vorsichtig sein.

Zum Abschluss seiner Ausführungen betonte StR.Novy, dass die Mehrheit dieses Hauses bestrebt war die Kriegsschäden zu beheben und der Stadt wieder das Aussehen zu geben, das sie früher gehabt hat. Dass die Mehrheit dieses Hauses mit Zustimmung beider Minderheitsparteien den sozialen Wohnhausbau fortsetzt, wird wieder ein Schritt sein zu der Tätigkeit wie vor 1934.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des VI. Hauptstückes des ordentlichen Voranschlages mit den Ansätzen des ausserordentlichen Voranschlages einstimmig angenommen. Die Anträge der ÖVP wurden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Schluss der Montagsitzung um 19.45 Uhr.



Fortsetzung des Berichtes über die Budgetdebatte.

Der vierte Sitzungstag der Budgetberatungen begann unter Vorsitz von Bürgermeister Dr. h. c. Körner mit dem Referat des Amtsführenden Stadtrates Rohrhofer (ÖVP) über das VII. Hauptstück, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten.

Der Redner stellte eingangs fest, daß es in diesem Jahr im Bereich seiner Geschäftsgruppe gelungen ist, zum Wohl der Wiener Bevölkerung, wieder vieles in Ordnung zu bringen und instandzusetzen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß dies auch im kommenden Jahr geschehen wird.

Dann ging StR. Rohrhofer auf die einzelnen Abteilungen seines Geschäftsbereiches ein. Über die Baupolizei führte er aus, daß in Wien durch den Krieg rund 22.000 Gebäude mehr oder minder zerstört wurden. Der Mangel an Arbeitskräften, Baustoffen und erforderlichen Geldmitteln, verhinderte in den ersten Jahren eine Instandsetzung. Besonders durch das Fehlen der Dacheindeckungen haben sich in letzter Zeit Einstürze und Unfälle ereignet. Die Baupolizei hat aber in allen Fällen, in denen sie von der Gefahr verständigt wurde, die Entfernung der einsturzgefährdeten Gebäudeteile veranlaßt. In diesem Jahr wurden daher 249 Gebäude und Gebäudeteile beseitigt und drei Sprengungen durchgeführt. 1782 Sicherungsarbeiten wurden vorgenommen. Bei Baugebrechen und Abtragarbeiten haben sich 40 schwere Unfälle ereignet. Seit dem Inkrafttreten des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes hat sich jedoch die Lage wieder einigermaßen verbessert. Von 869 Anträgen für einen Wiederaufbau wurden bereits 405 erledigt.

Im Bereich der Baupolizei mußten im laufenden Jahr auch die Platzzinsvorschreibungen neu bemessen werden. Um Härten zu vermeiden, wurde eine Einteilung in fünf der Ortslage entsprechenden Bemessungsabschnitten getroffen, wodurch die Gebühren weitgehend ermäßigt werden konnten.

Zum Abschluß seiner Ausführungen über diese Gruppe stellte StR. Rohrhofer fest, daß aus Mitteln der Gemeinde Wien über baupolizeilichen Auftrag bis November dieses Jahres 468 Objekte instandgesetzt, und weitere 62 beantragt wurden. Er wies auch darauf hin, daß mit dem derzeit festgesetzten Betrag für diese Arbeiten das Auslangen nicht gefunden werden kann.



Über das Stadtgartenamt berichtete der Referent, daß im Jahre 1949 43 zerstörte Gartenanlagen mit ungefähr 824.000 Quadratmeter vor allen in den Außenbezirken wieder instandgesetzt werden sollen. Außerdem wird die laufende Betreuung und Instandsetzung der städtischen Gärten in einem Gesamtausmaß von 10.3 Millionen Quadratmeter sowie der Gärten in den städtischen Wohnhäusern mit 680.000 Quadratmeter durchgeführt werden. In den Straßen Wiens sind rund 120.000 Alleebäume zu erhalten von denen ungefähr 550 heuer auf der Ringstraße gepflanzt wurden. Die Kosten für die Instandsetzung kommen sehr hoch, weil in den meisten Parkanlagen Splittergräben und Löschwasserteiche entfernt werden müssen. Es ist jedoch sicher damit zu rechnen, daß im kommenden Jahr die Kriegeschäden in den Gartenanlagen vollkommen beseitigt werden können. Allerdings fehlen noch immer 7000 Bänke, außerdem sind die Kinderspielplätze und Einfriedungen, Parkteiche und Betriebsgebäude sowie viele Gehwege in Ordnung zu bringen.

Das Stadtgartenamt betreut auch den städtischen Reservegarten, die städtische Gärtnerei Heide Warte, die städtische Baueschule in Albern und kleinere Gärtnereien. Für Ernteländler wurden in diesem Jahr 2.5 Millionen Gemüsepflanzen verteilt.

StR. Rohrhofer machte auch die Mitteilung, daß die Venediger Au und die Jesuitenwiese im Prater im nächsten Jahr instandgesetzt werden. In diesem Zusammenhang richtete er an die Wiener Bevölkerung den Appell, die Parkanlagen zu schonen.

Die Friedhöfe der Stadt Wien werden, wie der Referent betonte, nicht wie oft angenommen wird, in erwerbsmäßigem Sinn, geführt. Die Aufgabe der Magistratsabteilung 43, Friedhöfe, ist rein verwaltungstechnischer Natur. Im Jahr 1948 wurden bisher ungefähr 20.000 Beerdigungen durchgeführt, das sind um rund 4000 weniger als 1947. Dafür stehen gegenwärtig im alten Stadtgebiet 31, im neuen 68 städtische Friedhöfe zur Verfügung. Außer der Verwaltung der Friedhöfe und der dort befindlichen Baulichkeiten obliegt der Magistratsabteilung 43 auch die Instandhaltung der Straßen und Wege. Auf 6 Friedhöfen gibt es einen eigenen Gärtnereibetrieb. Die städtische Steinmetzwerkstätte besorgt die Überarbeitung von heimgefallenen Grabsteinen sowie verschiedene Friedhofsarbeiten. Die ordentlichen Einnahmen betragen 10 Millionen Schilling, die Ausgaben 11.5 Millionen.



Über die städtischen Bäder berichtete StR. Rohrhofer, dass im Voranschlag rund 7 Millionen Schilling als Einnahmen und rund 13 Millionen als Ausgaben vorgesehen sind. Mit Rücksicht auf die fast 10jährige vernachlässigte Instandhaltung unserer Bäder ist dieser Aufwand für die Behebung von Schäden unerlässlich. Für den Wiederaufbau des Gänsehäufels ist im nächsten Jahr ein zweiter Teilbetrag von 4,030.000 Schilling eingesetzt. Auch das abgebrannte Angelibad wird im Jahr 1949 der Wiener Bevölkerung wieder zur Verfügung stehen. Ausserdem sollen das Amalienbad, das Thaliabad, das Hohe Warte-Bad, das Strandbad Stadlau, das Strombad Klosterneuburg, und ein Kinderfreibad im 10. Bezirk sowie mehrere kleinere Bäder wiederhergestellt werden.

StR. Rohrhofer bemerkte in diesem Zusammenhang, dass weitere Einsparungen zwangsweise Einschränkungen im Betrieb und damit auch eine Verminderung des Besuches und der Einnahmen mit sich bringen müssen. Als öffentlicher Wohlfahrtseinrichtung erwachsen den Städtischen Bädern durch die Kinderfreibäder, den Schulschwimmunterricht und andere soziale Einrichtungen Ausgaben von rund 250.000 Schilling.

Trotz des verminderten Besuches der Sommerbäder sind die Einnahmen um ungefähr 1,3 Millionen Schilling höher als im Vorjahr.

Die Gemeinde Wien besitzt zwei Wäschereien, und zwar in der Schwenkgasse in Meidling sowie in der Badgasse in Mödling, die beide noch zum Teil von den Besatzungsmächten in Anspruch genommen werden. Durch bessere Ausnützung der Betriebseinrichtungen ist eine Herabsetzung des Wäschereises um durchschnittlich 5 Prozent in der nächsten Zeit zu erwarten. Die beiden Betriebe verfügen über 67 Wäschereimaschinen und sollen nach dem Voranschlag eine Jahresleistung von zirka 3 Millionen Kilo Wäsche bewältigen.

Die Gemeinde Wien ist gesetzlich verpflichtet, für die Wiederherstellung <sup>der</sup> durch die Kriegereignisse vernichteten Lichtsignale und Verkehrsschilder zu sorgen. Ganze Strassenzüge sind noch nicht bezeichnet, die Anbringung von Tafeln bei Eisenbahnübersetzungen und die Bezeichnung der Durchzugsstrassen ist noch nicht durchgeführt. Im nächsten Jahr müsste endlich daran gegangen werden, dass noch Fehlende zu ersetzen.

Die Anmeldung zur Lehrprüfung hat sich in der letzten



Zeit vervielfacht, so dass mit Rücksicht auf die Zahl der zur Verfügung stehenden Prüfungskommissäre die Prüfungen nicht termingerecht vorgenommen werden konnten.

Auf dem Gebiete der Transportlenkung haben sich viele Erleichterungen ergeben. Obwohl die Benzinzuteilung wesentlich günstiger war, konnte die angeforderte Menge in der Höhe des Bedarfes leider nicht erreicht werden. Dieseltreibstoff und Erdgas stehen in genügenden Mengen zur Verfügung. Die amtliche Lenkung der Transportmittel konnte mit Ende Mai 1948 vollständig aufgehoben werden. Durch Abziehung eines Grossteiles von Lokomotiven und Güterwagen der Bundesbahnen muss unter Umständen mit einer stärkeren Heranziehung des Lastkraftwagenverkehrs gerechnet werden. Daher hat die Gemeindeverwaltung eine wesentliche Erhöhung des Benzinkontingents beantragt. Grosse Kompensationsgeschäfte mit Rumänien haben die Benzinlage im September und Oktober wesentlich gebessert. Die Zuteilung im November war jedoch gegenüber Oktober wieder um 30 Prozent geringer, immerhin aber um 90 Prozent höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Dem Lastkraftwagenbetrieb der Gemeinde, dem unter anderem der Transport der Baustoffe obliegt, stehen zirka 300 Lastkraftwagen mittlerer Tonnage zur Verfügung. Die über 70 Fahrzeuge des Dienstkraftwagenbetriebes sind teilweise sehr überaltert und können daher die gestellten Aufgaben kaum bewerkstelligen.

Zur Müllbeseitigung und Verwertung des Mülls stehen rund 150.000 Mülltonnen zur Verfügung. Der Ersatz der rund 33.000 durch die Kriegereignisse vernichteten oder seit Kriegsende unbrauchbaren Colonia-Kübel konnten infolge Materialmangels nur zum geringen Teil erfolgen.

Damit wenigstens der dringendst notwendige Austausch der unbrauchbar gewordenen Mülltonnen vorgenommen werden kann, ist die Anschaffung von 10.000 neuen Tonnen beabsichtigt. Für die Abfuhr des Mülls stehen jetzt 12 Müllsammelzüge und 20 Grossraumwagen zur Verfügung. Zum Ausgleich der fehlenden Spezialwagen werden ständig etwa 50 Lastkraftwagen notwendig sein. Die Ablagerung des Mülls erfolgt ausser auf den grossen Ableerplätzen im 10. und 21. Bezirk noch auf zwei weiteren Plätzen.



Mehr als 20 Wibro-Müllwagen stehen im Dienst, im Budget 1949 ist der Ankauf von 10 weiteren Wagen vorgesehen. Es ist zu hoffen, daß in weiteren zwei Jahren insgesamt 60 Wibro-Wagen zur Verfügung stehen werden. Bis zu dieser Zeit wird der Müll. noch mit offenen Lastkraftwagen abgeführt.

Da in der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit im Bereich des Stadtforstamtes der Gemeinde Wien ganz bedeutende Überschlagerungen vorgenommen wurden, werden in Zukunft in diesen Waldgebieten nur mehr solche Bäume gefällt, die im Interesse der Walderhaltung entfernt werden müssen. Die unrentable und nicht mehr notwendige Landwirtschaft im Lainzer Tiergarten wird aufgelassen. Die um die Hermesvilla liegenden Gründe werden in Dauerwiesen umgewandelt, die als Klub- und Spielplätze verwendet werden sollen.

Der Stadtrat dankt schließlich den Beamten und Arbeitern für die geleistete Arbeit. Mit Mühe und viel Arbeit, aber auch mit viel Freude ist es gelungen, manches zum Wohle der Wiener Bevölkerung zu bewerkstelligen.

GR. Dr. Soswinski (KPÖ) bemängelt einige Lücken der geltenden Bauordnung, die den Anforderungen der heutigen Zeit nicht mehr entspricht. Heute müssen wir neue Mittel ersinnen, um die Probleme, die die Zerstörungen des Krieges aufgeworfen haben, zu beseitigen. Durch eine Novellierung der Bauordnung müssen der Baubehörde jene Rechte gegeben werden, die sie benötigt, um ihren Arbeiten gerecht zu werden. Insbesondere kritisiert er, daß der Besitzer eines Hauses nach der geltenden Bauordnung nicht einmal zum teilweisen Wiederaufbau gezwungen werden kann.

Es war allgemein die Meinung verbreitet, daß nach der Beschlußfassung über das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz die Bautätigkeit zusätzlich zum sozialen Wohnungsbau stark aufleben würde. Im heurigen Jahr sollten 200 Millionen Schilling verbaut werden. Es wurden aber beim Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau nur Ansuchen in Höhe von 35 Millionen Schilling gestellt und davon nur 17.5 Millionen bewilligt. Im 16. Bezirk wurde überhaupt kein Ansuchen um Bewilligung von Fondsmitteln gestellt. Zum Teil sind die Hausbesitzer gar nicht daran interessiert, Fondsmittel in Anspruch zu nehmen, da sie in diesem Falle keine § 3-Wohnungen bauen können. Hier müßte die Bauordnung eingreifen. Es dürfte nicht mehr im Ermessen des Hausbesitzers liegen, ob er die Mittel für den Wiederaufbau in Anspruch nimmt und tatsächlich aufbaut oder



nicht. Auch bei der Erteilung von Demolierungsbewilligungen wird man rigorosere vorgehen müssen. Die Fischerstiege ist ein dauerndes Mene-Tekel. Die Bewohner von einsturzgefährdeten Häusern müssten umgesiedelt und die Häuser sofort zum Verschwinden gebracht werden, damit nicht neuerlich Menschen in diese Ruinen einziehen können und wieder unter Einsturzgefahr stehen. Man müsste manchmal Exkursionen in bestimmte Wiener Gebiete machen, so zum Beispiel zum Mühlenschüttel, nach Erdberg, in die Assanierungsbauten in der Tautenhayngasse und in der Hasenleitengasse, um sich durch Augenschein über die Verhältnisse zu informieren. Das würde es vielleicht verständlich machen, warum die kommunistische Fraktion immer wieder darauf dringt, daß man neue Mittel finden muß, um diese Probleme zu lösen. An drei Beispielen, und zwar den Häusern Morelligasse 9, Kirchhofgasse 13 und einem Haus in der Floridusgasse, schildert Redner die schlechten Wohnverhältnisse. Durch eine Novellierung der Bauordnung müsste eine periodische Begehung zumindest gewisser Wohnviertel in Wien vorgesehen werden. Die Trümmerstätten sind Tummelplätze von Ratten und dadurch eine dauernde Gefährdung der Gesundheit, so zum Beispiel der Loquaipplatz, wo die Ratten am hellen Tage zu sehen sind.

Auch in der Frage der Gärten wäre noch einiges zu tun, so auf dem Sterneckplatz, dem Arenbergring und dem Thaliapark. Die für solche Zwecke vorgesehenen Mittel bezeichnet Redner als zu gering. Er erinnert an seinen bereits in der letzten Budgetdebatte vorgebrachten Wunsch auf Errichtung eines neuen Volksbades in der unteren Leopoldstadt und ersucht den Amtsführenden Stadtrat, dem Gemeinderat mitzuteilen, wann das Gutachten über die Katastrophe an der Fischerstiege vorgelegt werde. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf jene Fälle, bei denen die Baupolizei überhaupt nicht, zu spät oder zu wenig energisch eingegriffen hat und kritisiert es, daß Häuser in der Rienöblgasse und in der Veronikagasse trotz gegenteiligen Bescheides der Baubehörde in Fabriksgebäude umgewandelt wurden. Er schließt: Eine den neuen Verhältnissen angepasste Bauordnung kann neben anderen Mitteln dazu beitragen, eine Aufgabe zu lösen, die man jetzt unter dem Motto: Da kann man nichts machen! liegen läßt. Im übrigen wird die kommunistische Fraktion für die Ansätze des VII. Hauptstückes stimmen.



GR. Kammermayer (ÖVP) sprach zuerst über das Gebrauchsgebührengesetz. Dieses sei unzulänglich und es werde versucht, durch neuerliche Verhandlungen bestehende Härten zu mildern. Es liege bereits ein guter Entwurf vor.

Bezüglich der Baupolizei erwähnte der Redner, daß es für die Baumeister und sonstigen Bauwerber sehr unangenehm sei, nun seit Verlegung der Baupolizei statt ins zentral gelegene Rathaus in den 2. Bezirk, in die Vorgartenstraße, gehen zu müssen.

Daß die Wiederherstellung der Gärten so rasche Fortschritte macht, erfreut nicht nur die Wiener, sondern wird auch von den Fremden anerkennend bemerkt. In diesem Zusammenhang stellte der Redner mit Befriedigung fest, daß Plätze, die derzeit nicht verbaut werden können, als Grünflächen hergestellt werden.

GR. Kammermayer betonte, daß die Verwaltungsgruppe VII eine immer wichtigere Geschäftsgruppe werde. Im Wohlfahrts- und Gesundheitswesen werden künftig wahrscheinlich kleinere Beträge aufgewendet werden müssen, da gerade durch den Fortschritt des Wiederaufbaues in dieser Verwaltungsgruppe ein wichtiger Beitrag für die Volksgesundheit geleistet werde. Der Redner bemerkte hier, daß Stadtrat Rohrhofer seine Tätigkeit noch ausüben wird, wenn andere Stadträte längst nicht mehr im Amt sein werden. (Heiterkeit!)

Der Redner stellte weiter die Forderung, daß im ersten Bezirk mehr Kinderspielplätze errichtet werden sollen.

In weiteren Verlauf seiner Ausführungen brachte GR. Kammermayer einen Antrag ein, in dem verlangt wird, daß die Agenden der Magistratsabteilung 46, die sich mit der Überprüfung von Kraftfahrzeugen befaßt, zur Gänze der Bundesversuchsanstalt zugewiesen werden sollten. Dadurch könnten Personaleinsparungen vorgenommen werden.

Der Redner bemängelte sodann, daß zu viele Dienstwagen bei der Gemeinde Wien verwendet würden. Auch der Autobusbestand des Fuhrwerksbetriebes sollte reduziert werden, damit die privaten Fuhrwerksunternehmen mehr Beschäftigung fänden. Der Redner stellte einen diesbezüglichen Antrag.



Bezüglich der Strassenpflege bemerkte der Redner, dass heuer bei der argen Glatteisgefahr der Streudienst versagt hätte.

GR. Kammermayer beschäftigte sich dann mit den gestrigen Ausführungen des Stadtrates Novy über den Generalregulierungsplan und über die Bemerkungen bezüglich der "Schicksalsgemeinschaft". Er richtete einen heftigen Angriff gegen StR. Novy, weil er seiner Ansicht nach in einer schweren Zeit Wien verlassen habe. Diesen Angriff wies GR. Marek energisch zurück. Die weiteren Ausführungen des GR. Kammermayer waren durch zahlreiche stürmische Zwischenrufe aus den Bänken der Sozialisten, durch eine starke Unruhe im Saal und durch das andauernde Glockenzeichen des Vorsitzenden unterbrochen.

Am Schluss seiner Ausführungen wird GR. Kammermayer (ÖVP) vom Vorsitzenden GR. Ing. Hongl (ÖVP) zur Ordnung gerufen.

Im Namen der sozialistischen Fraktion sprach GR. Wiedermann, der oft vom Beifall seiner Fraktion unterbrochen, vor allem die Ausführungen des GR. Kammermayer scharf zurückwies. Er stellte unter anderem auch richtig, dass der Gemeinde Wien nicht 70 sondern nur 40 Dienstwagen zur Verfügung stünden. Zu den Anwürfen seines Vorredners über den Lastfuhrwerksbetrieb der Gemeinde Wien, betonte er unter zustimmenden Rufen und dem Beifall der SPÖ-Fraktion, dass man sich daran erinnern möge, wie der Wagenpark 1945 ausgesehen hat, als kein privater Fuhrwerksunternehmer sich der Gemeinde zur Verfügung stellte, sondern Schleichfahrten unternahm. Damals musste die Gemeinde ihren Fuhrpark ausbauen. Jetzt müssen sich eben die Fuhrwerksunternehmer in Geduld fassen, bis es möglich ist, diese Wagen und das Personal auf normalen Weg abzubauen. Denn die Gemeinde ist ein sozialer Unternehmer, der nicht wie ein privater Unternehmer plötzliche Entlassungen vornehmen kann.

Dann beschäftigte sich der Redner mit den Anwürfen gegen StR. Novy und stellte fest, dass gerade in der Fraktion der Volkspartei noch einige Menschen sitzen, die mitverschuldet haben, dass StR. Novy in das Ausland flüchten musste. Unter dem lang anhaltenden demonstrativen Beifall seiner Fraktionskollegen, der von zustimmenden Zwischenrufen begleitet wurde, stellte GR. Wiedermann fest, dass die sozialistische Partei froh ist, StR. Novy



damals ins Ausland gebracht zu haben, und dass er heute wieder zur Verfügung steht. Der Redner gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich die Zeit des Jahres 1934, in der in dieser Stadt Menschen hingemordet wurden, nicht mehr wiederholt. Dazu müsse aber auch GR.Kammermayr beitragen.

GR.Wiedermann wies dann eine Äusserung des GR.Kammermayr über die Juden scharf zurück, und beschäftigte sich **anschliessend** mit einer anderen Bemerkung dieses Redners, die das Verschwinden mehrerer Stadträte in Aussicht stellte. GR.Wiedermann führte diese Äusserung ironisch darauf zurück, dass die Volkspartei bei den kommenden Wahlen nicht mehr diese Stimmenanzahl erreichen wird wie 1945. (Beifall bei der SPÖ, Vbgm.Weinberger: Das warten wir ab! - Ihr seid viel nervöser als wir!)

"Wir sehen den kommenden Wahlen mit Ruhe entgegen", fuhr GR.Wiedermann fort, "und sind davon überzeugt, dass es für uns viel mehr Stimmen geben wird als im Jahre 1945". (Erneuter lebhafter Beifall bei der SPÖ, Vbgm.Weinberger: Nur nichts verschreien!)

Dann wies der Redner noch darauf hin, dass es bei der Österreichischen Volkspartei in letzter Zeit Sitte geworden ist, alle Fortschritte, die in dieser Stadt gemacht wurden auf die Fahnen der ÖVP zu schreiben, was Vbgm.Weinberger zu dem Zwischenruf veranlasste: "Ihr seid ja so bescheiden!".

Abschliessend stellte der Redner fest, dass die sozialistische Partei nicht so sehr vom Aufbau rede, sondern dafür ist, den Aufbau vorwärts zu treiben. Dies geht aus den Ansätzen des Voranschlages hervor.



In seinem Schlusswort stellt StR. Rohrhofer fest, dass auch die Gemeinde Wien eine Novellierung der Bauordnung anstrebt, Die vom GR. Dr. Soswinski angeführten drei Fälle von baufälligen Häusern im 21. Bezirk werden untersucht und die vorhandenen Gebrechen in Ordnung gebracht werden. Zu den Klagen über das Nichtfunktionieren des Streudienstes bei Glatteisgefahr erklärt der Stadtrat, dass die Gemeindeverwaltung so viele Strassen zu betreuen hat, dass kein Fuhrpark und kein Unternehmer in der Lage ist, das Sandstreuen binnen weniger Stunden vorzunehmen. Im Falle von Glatteis werden auch die Hausbesorger aufgefordert, alles zu tun, um der Katastrophe Herr zu werden.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des Voranschlages einschliesslich des ausserordentlichen Aufwandes angenommen. Die beiden vom GR. Kammermayr eingebrachten Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Als nächste wird über die Geschäftsgruppe VIII, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, verhandelt. Den Bericht erstattet Amtsführender Stadtrat Albrecht. Er führt aus: Solange Mangel an Wohn- und Geschäftsräumen herrscht, ist deren Bewirtschaftung weiter notwendig. Da das derzeitige Wohnungsanforderungsgesetz lückenhaft ist, muss es im Interesse der wohnungslosen jungen Ärzte, Anwälte, Notare und Gewerbetreibenden abgeändert werden. Der im Parlament in Beratung stehenden Novelle liegt der vom Wiener Magistrat bereits 1946 ausgearbeitete Entwurf zugrunde.

StR. Albrecht gibt sodann eine Übersicht über die Zahl der Wohnungswerber, die nach der Dringlichkeit in zwei Klassen geteilt sind. An sogenannten Einsturzfällen waren zu Beginn 1948 152 Fälle zu verzeichnen, hinzugekommen sind in diesem Jahr 652 neue Fälle, so dass die Gesamtzahl 804 beträgt. Davon wurden 523 untergebracht, 281 Fälle sind noch verblieben. Es handelt sich in der Mehrzahl um alte Leute, die oft selbst auf die Gefahr des Einsturzes in ihrer alten Wohnung und bei ihren Mobilien bleiben, denn die Gemeinde ist nicht in der Lage, diesen Personen Wohnungen in derselben Grösse zu geben, wie sie sie in den alten Häusern haben.



Die Zahl der in Obdachlosenheimen befindlichen, bei verschiedenen Bekannten oder Verwandten untergebrachten oder vor drohender Obdachlosigkeit stehenden wohnungssuchenden Personen betrug zu Beginn d. J. 2227, sodaß bei einem Neuanfall 6410 Personen insgesamt 8637 Fälle zu verzeichnen waren. Davon wurden bis 30. November mit 4045 ungefähr die Hälfte untergebracht. Die Zahl der derzeit verbliebenen 4.592 Fälle ist aber noch immer erschreckend hoch und zeugt von der Schwierigkeit der Unterbringung der Wohnungslosen in Wien. Die Fälle schwerer Gesundheitsgefährdung betragen zu Beginn 1948 102, neu angefallen sind 81 Fälle, sodaß insgesamt 183 Fälle zu verzeichnen waren. Untergebracht wurden 101 Fälle, mit 30. November verblieben sind 82 Fälle. In engster Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt ist das Wohnungsreferat vor allem um die schnelle Unterbringung der an Tuberkulose Erkrankten bemüht.

Bei den sogenannten Sonderfällen handelt es sich vor allem um aus dem Ausland oder aus den Bundesländern nach Wien gekommenen Gelehrten. Diese Fälle betragen zu Beginn des Jahres 133, neu hinzugekommen sind 43, ergeben also zusammen 176. 70 Fälle wurden untergebracht, während 106 Anträge das Wohnungsamt noch belasten. Wien hat Interesse als Kulturstadt zu gelten, wünscht aber in dieser Hinsicht auch eine tatkräftigere Unterstützung vom Bunde, denn die Bundesgebäudeverwaltung hat hier noch nichts vorgesorgt. An Wohnungssuchenden mit Wohnungen, die gesundheitspolizeilich nicht oder nur sehr schlecht bewohnbar erklärt wurden, waren zu Beginn 1948 421, insgesamt bei einem Neuzuwachs von 191 Bewerbern 612 zu verzeichnen. Untergebracht wurden 168, sodaß die Zahl von 444 unerledigten Anträgen eine kleine Erhöhung bedeutet. Die Fälle von Überbelag betragen zu Beginn des Jahres 1618, mit einem Zuwachs von 677 insgesamt 2295 Fälle. 847 Überbelagsfälle wurden erledigt, 1448 sind derzeit in Vormerkung. Die eingetretene Verminderung ist vor allem auf die bereits erfolgte Wiederherstellung von Wohnungen zurückzuführen.

Mit Dringlichkeitsstufe I waren außer den bereits angeführten, weitere 19.217 Fälle zu Beginn des Jahres vorgemerkt, 6.180 kamen neu hinzu, sodaß insgesamt weitere 25.397 Fälle zu verzeichnen waren.



Der Zustrom von circa 20.000 neu zugewanderten Personen macht sich in diesem ziemlich starken Zuwachs bemerkbar. 3.908 Fälle wurden untergebracht, 21.489 sind noch vorgemerkt.

In der Dringlichkeitsstufe II, in der alle jene Personen verzeichnet sind, die bisher keine eigene Wohnung hatten und in Untermiete oder bei den Eltern wohnen, waren zu Beginn 1948 7.708 Personen vorgemerkt. Der Neuanfall betrug 6.063, so daß insgesamt 13.771 Fälle zu verzeichnen waren. 2.100 wurden untergebracht oder erhielten die Klassifikation I, sodaß derzeit 11.671 unerledigte Anträge verbleiben.

Die Zahl der Wohnungswerber der Klassen I und II betrug am 1. Jänner 1948 31.578, hinzugekommen sind 20.297, sodaß in der Berichtszeit insgesamt 51.875 Wohnungswerber unterzubringen waren. Untergebracht wurden 11.762. Der vorgemerkte Stand mit 30. November 1948 betrug also 40.113.

Den Befürchtungen des GR. Maller gegenüber, die Gemeinde Wien trage bei dem Bau von Kleinwohnungen dem späteren Anwachsen der Familien nicht Rechnung, erklärt der Amtsführende Stadtrat, daß von rund 28.000 Wohnungssuchenden der Klasse I 4.430 Einzelpersonen, 375 Frauen mit einem Kind, 8.680 Ehepaare waren, das ist mehr als die Hälfte der Wohnungssuchenden der Klasse I.

Wenn wir auch selbstverständlich trachten müssen, die Wohnkultur zu heben und möglichst große Wohnungen zu schaffen, ist für die nächste Zeit doch der Bau von Kleinwohnungen am dringlichsten. Wir haben eine gewisse Überalterung in unserer Stadt festzustellen. Rund 40 Prozent sind in einem Alter zwischen 40 und 70 Jahren. Mit der Schaffung von Kleinwohnungen werden wir wenigstens in der nächsten Zeit das Auslangen finden, und durch das normale Absterben von Einzelpersonen in größeren Wohnungen wird ein normales Hineinwachsen von Familien in diese Wohnungen stattfinden. Vorgemerkt sind 9.413 Ehepaare mit einem Kind, 3.520 mit zwei Kindern, aber nur 2.000 Ehepaare mit mehr als 2 Kindern. Die überwiegende Mehrheit aller Wohnungssuchenden besteht daher aus jenen, die sich erst eine Wohnung schaffen wollen, während die Familien mit mehreren Kindern bereits versorgt sind.



Das Wohnungstauschreferat hat allgemein Anklang gefunden. 1948 wurden 7.153 Kleinwohnungen, 1.811 Mittelwohnungen und 139 Grosswohnungen getauscht. Im Jahre 1948 wurde auch der "Antliche Wohnungstauschanzeiger" herausgegeben. Dieser soll nun auch in den Landeshauptstädten aufgelegt werden.

Bei dem Problem der oft schwierigen Wohnungsrechtsfällen kommt StR. Albrecht auf die von der Kultusgemeinde erhobenen - Beschwerden zu sprechen, dass für ihre Mitglieder zu wenig geschehe. Er erklärt dazu, dass jeder dringliche Fall rassistisch verfolgt geprüft und jede Woche 4 bis 5 dieser Opfer des Jahres 1938 untergebracht werden. Die jetzige Leitung der Kultusgemeinde, die sehr viel Verständnis aufgebracht habe, werde verstehen, dass mit Rücksicht auf dringende andere Fälle nur jene ihrer Leute untergebracht werden können, die den übrigen Dringlichkeitsfällen gleichgeartet sind. Mit Schaffung einer gesetzlichen Grundlage durch ein Rückstellungsgesetz werde mehr als bisher geschehen können. Derzeit sind 1579 solche rassistisch Verfolgten vorgemerkt.

Von den Alliierten sind derzeit noch beschlagnahmt: 5144 Wohnungen, 1945 Wohnräume, 258 Villen, 41 Hotels, 52 Kaffeehäuser und Restaurants, 58 Geschäftslokale, 102 Garagen, 8 Schulen, 27 Büroräume und 168 sonstige Objekte und Häuser.

Die Amerikaner haben derzeit noch beschlagnahmt: 750 Wohnungen, 1 Einzelraum, 148 Villen, 19 Hotels, 22 Kaffeehäuser und Restaurants, 16 Geschäftslokale, 29 Garagen, 2 Schulen, 3 Büros und 65 sonstige Objekte und Häuser;

die Engländer: 380 Wohnungen, 159 Wohnräume, 86 Villen, 5 Hotels, 5 Kaffeehäuser und Restaurants, 12 Geschäftslokale, 31 Garagen, 1 Schule, 4 Büroräume, 32 sonstige Objekte und Häuser;

die Franzosen: 722 Wohnungen, 329 Wohnräume, 15 Villen, 10 Hotels, 11 Kaffeehäuser und Restaurants, 12 Geschäftslokale, 14 Garagen, 1 Schule, 9 Büros und 32 sonstige Objekte und Häuser.



die Sowjetrussische Macht: 3.292 Wohnungen (Rufe: Hört! Hört!) 1456 Wohnräume, 9 Villen, 7 Hotels, 14 Kaffeehäuser und Restaurants, 18 Geschäftslokale, 28 Garagen, 4 Schulen, 11 Büroräume und 39 sonstige Objekte und Häuser.

Diese Inanspruchnahmen belasten uns ausserordentlich schwer, weil in vielen Villen und Häusern nur ganz wenige Personen wohnen. In der letzten Zeit ist ein grosses Entgegenkommen der Wohnungsämter der Alliierten festzustellen. Mehr als 3000 Menschen wohnen in Obdachlosenheimen. Dies wäre nicht notwendig, wenn der Wohnraum allen Möglichkeiten entsprechend ausgenützt würde.

Eine Besteuerung der unterbelegten grösseren Wohnungen könnte eine wesentliche Besserung herbeiführen. Ein diesbezüglicher Versuch wird jetzt in Innsbruck unternommen, und zwar nicht um damit eine neue Steuer zur Aufbesserung der Finanzen zu haben, sondern um die Wohnungsverhältnisse zu verbessern.

Die ärmsten Teufel waren schon immer die Untermieter, die wesentlich mehr Zins als der Hauptmieter zahlen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Den Untermieter zu schützen soll daher eine unserer wesentlichsten Aufgaben sein. Man kann ihm nicht besser schützen, als dass derjenige, der eine grosse Wohnung hat, vor die Wahl gestellt wird, entweder dafür zu zahlen, oder einen Untermieter unterzubringen.

Dem Wohnungsamt wurde vom Bauamt der Stadt Wien im Jahre 1948 - und dies nicht aus wahlpropagandistischen Gründen - als bezugsfertig insgesamt 195 Wohnungen übergeben, die auch bereits besiedelt sind.

In der Per Albin Hansson-Siedlung werden wir wahrscheinlich morgen, spätestens übermorgen die Freude haben, den ersten Siedlern die Zuweisungen zu übergeben. Es handelt sich dort um 35 Siedlungshäusern und 35 Wohnblocks mit je 4 Parteien in einem Hause.

StR. Albrecht ging dann auf einige Budgetposten näher ein. An Räumungs- und Schätzungsgebühren sind 70.000 Schilling eingesetzt. Durch die Möbelbenutzungsgebühr werden 1,200.000 Schilling eingehen.



Wenn bei der Generaldebatte erwähnt wurde, daß beim Möbelreferat Personal eingespart werden könnte, dann wäre dies erst möglich, wenn die ca. 18.000 Fälle erledigt sind, die sich durch die ungeklärten Besitzverhältnisse an den aus Naziwohnungen sichergestellten Möbeln ergeben.

Die Anlageerhaltung betreffe in erster Linie die Wiederinstandsetzung der bis jetzt als Ernteland verwendeten Rasenflächen in den Gemeindebauten. StR. Albrecht kündigte an, daß im nächsten Jahr kein Ernteland in den Parks der Gemeindebauten vergeben wird.

Bezüglich der baulichen Instandhaltungen sei es leider so, daß diese in erster Linie an den Althäusern der Gemeinde vorgenommen werden müssen. Dadurch müssen die ebenfalls notwendig gewordenen Instandsetzungsarbeiten in den Neubauten der Gemeinde Wien zurückstehen. StR. Albrecht hofft, daß aber doch wenigstens die Fenster eingeglast werden können.

In der letzten Zeit wurde Klage geführt, daß sich in den städtischen Wäschereien erhöhte Ausgaben ergeben werden. Es ist leider so, daß der im Zins enthaltene Betrag für die Wäschereien nicht mehr ausreicht. Durch Verhandlungen mit den Mietern soll erreicht werden, daß diese einen Teil der Mehrkosten übernehmen, während den anderen Teil die Wohnhäuserverwaltung tragen wird.

StR. Albrecht betonte weiter, daß im Jahre 1948 rund 10.869 Wohnungen wieder bezugsfertig gemacht wurden. Diese Ziffer würde sich im nächsten Jahr noch bedeutend vermehren. Eine Voraussetzung dafür ist aber das Inkrafttreten des Wiederaufbaugesetzes. Der Redner berichtete dann weiter über die in Bau befindlichen Wohnungen, die im kommenden Jahr fertiggestellt würden u. zw. in der Per Albin Hansson-Siedlung, am Roten Berg, in der Gogolgasse und in verschiedenen anderen Bezirken Wiens. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß dem Bauamt mehr Geld zur Verfügung gestellt werden würde, damit es seine Bautätigkeit noch erhöhen könnte.

Über das Ernteland sprach StR. Albrecht am Schluß seiner Ausführungen. Es werden noch einige Parzellen gekündigt werden müssen. Die Magistratsabteilung 53 ist jedoch bemüht, die heutigen Erntelandflächen in Dauerkleingärten umzuwandeln. (Beifall bei den Parteigenossen.)



Als erster Debattenredner ergriff GR. Maller (KPÖ) das Wort. Er betonte, dass es in Wien mit Wohnungen seit Jahren schlecht bestellt ist. Unsere Stadt leidet an chronischer Wohnungsnot, die nur durch die kurze Wohnbauperiode bis 1934 gemildert wurde. Wären die damaligen Ereignisse nicht eingetreten, so wäre die Wohnungsnot heute in Wien nicht so gross. Das muss einmal eindeutig festgestellt werden. Die Wohnungsnot findet aber ihre Ursache nicht nur in der Unterbindung der Wohnbautätigkeit der Gemeinde, sondern auch dadurch, dass mehr als 100.000 Wohnungen im Krieg durch Bomben zerstört wurden. Dazu kommen die Wohnungen, die von den Alliierten besetzt sind. Eine Voraussetzung zur Linderung der Wohnungsnot ist daher der Staatsvertrag und der Abzug der Alliierten Truppen (Zwischenrufe "Sehr richtig! - Eine späte Erkenntnis!") Der Redner betonte in diesem Zusammenhang auch, wenn nicht die sowjetischen Truppen Wien befreit hätten, so wären durch die amerikanischen Bomben noch zehntausende Wohnungen mehr zerstört worden.

GR. Maller beschäftigte sich sodann im einzelnen mit der Wohnungsfrage. Die Wiederherstellung der kriegszerstörten Wohnungen ist eine Lebensfrage für die Wiener Bevölkerung, entscheidend ist aber der Neubau von Wohnungen und Siedlungen.

Der Redner wandte sich scharf gegen den Missbrauch mit den Aufbauwohnungen, für die es in Wien bereits bestimmte Preise gibt.

Für die arbeitenden Menschen sind diese Wohnungen unerschwinglich. Sie werden dem Wohnungsmarkt entzogen. Der Redner führte einige Preise an, die heute für Wohnungen verlangt werden, und die je nach der Lage zwischen 25.000 bis über 50.000 Schilling schwanken. Er stellte fest, dass hier die Niedertracht, Menschen auszupressen, deutlich zum Ausdruck kommt, während auf der anderen Seite Wohnungen dem Verfall preisgegeben sind, damit die Zinsgeier ihre Geschäfte machen können. 32.000 Wohnungen wurden auf diese Weise in den vergangenen Jahren aufgebaut, und niemand fragt hier, wer das Recht hat, in Wien so viel

Geld für eine Wohnung zu verlangen. Im Gegenteil, im Gesetz sind diese Möglichkeiten verankert.



Formell kann das Wohnungsamt nichts unternehmen, aber es ist entscheidend, daß dagegen doch etwas geschieht. GR. Maller stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Gemeinde Wien nicht in-stande ist, diesem Skandal ein Ende zu bereiten. Wenn nicht, dann würden eben wieder einmal hunderttausend Menschen auf die Ringstraße marschieren, um den Paragraph 3 zu Fall zu bringen.

Der Redner wandte sich auch scharf gegen den Mißbrauch, der mit den Hausherrenvorschlägen getrieben wird und verlangte, daß nur das Wohnungsamt das Recht haben so'll, auszusuchen, wer eine Wohnung bekommt und niemand anderer. Man darf die Auswahl der Dringlichkeit nicht dem Hausherrn überlassen. Dieser macht das nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern für ihn ist das Geld wichtig, das er für einen Vorschlag bekommt. Auch ein Hausherrenvorschlag hat heute schon feste Preise, wie der Redner an Hand eines Beispielles aus seinem eigenen Wohnhaus unterstrich. Er stellte in diesem Zusammenhang auch fest, daß dies die Hauptursache der Empörung der Wiener Bevölkerung gegenüber dem Wohnungsamt sei. Das Wohnungsamt müsse ein kämpfendes Wohnungsamt sein, es muß endlich einmal etwas gemacht werden, damit dieser Skandal ein Ende findet.

GR. Maller stellte auch an StR. Albrecht die Frage, wieviel Wohnungen im Jahre 1948 durch das Wohnungsamt vergeben wurden, wieviel davon Hausherrenvorschläge waren und mit wievielen das Wohnungsamt "terminverlustig" geworden ist. Er betonte nochmals, daß das Wohnungsamt die Möglichkeit bekommen soll, alle freiwerdenden und wiederaufgebauten Wohnungen allein zu vergeben. Gleichzeitig richtete er an Stadtrat Albrecht das Ersuchen, die Organisation des Wohnungsamtes zu verbessern, damit die Geschäfte klaglos abgewickelt werden können.

Über das Anwachsen der Delogierungsfälle drückte der Redner sein Bedauern aus, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in diesem Winter keine Delogierungen vorgenommen werden, außer in jenen Fällen, die wirklich berechtigt sind. Er stellte in diesem Zusammenhang auch die Frage, wieviel provisorische Wohnungseinzweisungen 1948 aufgehoben wurden. Es seien ihm Fälle bekannt, daß Leute, die delogieren ließen, kurz darauf die Wohnung verkauft haben.



Zu der Mitteilung, dass 1949 eine Reihe von Wohnungen fertig werden, bemerkte GR.Maller, er hoffe, dass hier tatsächlich nach der Bedürftigkeit vorgegangen wird, und man daraus keine Geheimwissenschaft machen werde. Das Wohnungsamt muss sich auch mehr als bisher um die städtischen Wohnhäuser kümmern. GR.Maller erwähnte in diesem Zusammenhang, dass in dem Assanierungsbau in der Tautenhayngasse noch immer kein Gas eingeleitet ist, und bat, diese Arbeit endlich durchzuführen.

Dann beschäftigte sich GR.Maller noch mit den Möbelzinsen, die die Gemeinde Wien verlangt und betonte, dass die Ausgebombten die Zinse mit Empörung zahlen, weil sie viel zu hoch sind. Er trat für eine Herabsetzung dieser Zinse ein.

Abschliessend sagte GR.Maller, dass es um der Wohnungsnot in Wien Herr zu werden notwendig sei, dem Wohnungswucher Schach zu bieten, die Hausherrenvorschläge abzuschaffen, eine Verpflichtung zur Reparatur an beschädigten Wohnungen zu schaffen und die Bestrebungen der Bevölkerung, selbst Siedlungen zu bauen, zu fördern. Im Namen seiner Fraktion gab GR.Maller die Zustimmung zu den Ansätzen des VIII. Hauptstückes.

GR.Mühlhauser (ÖVP) erklärt, es sei nicht gelungen, eine fühlbare Besserung auf dem Wohnungsmarkt herbeizuführen, dies liege aber in den Verhältnissen begründet. Auch der für 1949 ausgeworfene Betrag für den Wohnhausbau ist zu gering, um eine verspürbare Hilfe zu schaffen. Jeder vorgeschlagene Weg zur Linderung der Wohnungsnot müsse gründlich überprüft werden.

Der Redner kritisiert es, dass beim Neubau von Gemeindefwohnungen Räume für besondere Zwecke, so zum Beispiel als Kinosaal, abgezweigt werden. Zunächst müsse das elementarste Bedürfnis des Menschen auf die Wohnung befriedigt werden. (Zustimmung bei der ÖVP). Der Antrag auf Geschäftsraumlenkung hätte vor einem Jahr, als viele Geschäftslokale unbenützt standen, einen Sinn gehabt, heute sei er verspätet. Die Bevölkerung ist nicht interessiert, wer Geschäftslokale vergibt, sondern nur daran, dass den Wohnungssuchenden möglichst rasch Wohnungen zur Verfügung stehen.



Nicht nur jene Personen, die Österreich 1938 verlassen haben, haben einen Anspruch auf Wohnmöglichkeit, denselben Anspruch haben auch die Hiergebliebenen; beide Gruppen müssen auf **gleicher** Basis behandelt werden. (Erneute Zustimmung bei der Volkspartei.)

Der Wohnungssenat habe sich bewährt, aber mit Befremden sei festzustellen, daß nur ein Bruchteil der freien Wohnungen in Gemeindebauten durch diesen Senat vergeben wird. (Hört! Hört!-Rufe bei der Volkspartei.) Dem Vernehmen nach stellen einzelne Bezirksvorsteher Listen für Gemeindebauten zusammen und spielen auf diese Weise Wohnungsamt. Mit dem Verzicht auf das Anforderungsrecht dürfe nur sehr sparsam und in den allerdringendsten Fällen vorgegangen werden.

Er bemängelt weiter, daß gerade in den Gemeindebauten Wohnungen oft wochenlang leerstehen, ohne daß die gesetzlich vorgeschriebene Anmeldung erfolgt. Durch bürokratische Arbeiten dürfe der Wohnraum nicht wochenlang der Zuweisung vorenthalten bleiben.

Der Redner erklärt weiter, das Wohnungsamt müsse sich auf die Eindämmung des Wohnungselends konzentrieren und alle Agenten abstoßen, die damit nicht unmittelbar zusammenhängen. Er verweist dabei auf das Möbelreferat und die Ämter zur Klärung von Rechtsfällen und zum Inkasso von Mieten. Unter lebhaften Beifall seiner Parteigenossen bittet er den Bürgermeister, alles zu veranlassen, daß endlich die Wohnungen der Alliierten in Uniform und Zivil freigegeben werden, und erinnert an den im Vorjahr von seiner Fraktion gestellten Antrag auf Überleitung der vor 1938 errichteten Siedlungen in das Eigentum der Siedler, über den noch immer keine Entscheidung getroffen wurde.

Unter Bezugnahme auf eine Verfügung des Magistrates Linz stellt der Redner den Antrag, auch für Wien in der Bemessung der Grundsteuer eine gleichartige Regelung zu treffen, die die Interessen der minderbemittelten Bevölkerungsschichten und besonders der gemeinnützigen Bauvereinigungen berücksichtigt.

Seine Fraktion werde für die Ansätze dieser Gruppe stimmen. (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)



GR. Weber (SPÖ) bezeichnet das Problem des Wohnungswesens als das Problem der Zeit, das auch den Wiener Gemeinderat vor die schwierigsten Aufgaben stellt. Die unglücklichen Ereignisse des letzten Jahrzehntes haben es mit sich gebracht, dass auf dem Gebiete des sozialen Wohnhausbaues praktisch nicht geschehen ist. Für das kommende Jahr sind 172 Millionen für den sozialen Wohnhausbau und 48 Millionen für den Wiederaufbau zerstörter Wohnung<sup>en</sup> vorgesehen. Das bedeutet die Fertigstellung von 1585 Wohnungen aus dem Bauprogramm 1947, 446 Wohnungen aus dem Programm 1948 und den Baubeginn von 3.000 Wohnungen aus dem Bauprogramm 1949, insgesamt 5.031 Wohnungen. Dazu sollen aus den 48 Millionen des Wiederaufbaufonds 4.000 beschädigte Wohnungen wieder instandgesetzt werden. 10.869 wurden bereits wieder errichtet, eine gigantische Leistung. Das sind nicht, wie GR. Maller erklärt hat, "Novy-täten" des Amtsführenden Stadtrates, sondern "Novy-Taten", hinter die sich die sozialistische Fraktion stellt. (Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Ein Aufbauprogramm von 20.000 Wohnungen ist Ausdruck der Schicksalsgemeinschaft, um dieses geflügelte Wort zu gebrauchen, der sozialistischen Partei mit dem ganzen Wiener Volk, dessen Nöte und Leiden wir kennen, derentwegen wir uns verpflichtet fühlen, alles zu tun, um auf dem Gebiete des Bauwesens wieder menschenwürdige Zustände herzustellen.

Für Wohnungen Sorge zu tragen, ist nicht nur Aufgabe der Gemeinde Wien, sondern auch des privaten Hausbesitzes. Wir haben seit einem halben Jahr das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz, das den Hausherrn die Wiedererrichtung ihrer Häuser ermöglichen würde. Die Hausherrn verkaufen aber lieber den Schutt, weil sie am Wiederaufbau nicht interessiert sind, da er ihnen nach den Bestimmungen des Gesetzes nicht lukrativ genug erscheint. Die ÖVP sollte dieses Gesetz mit allen Nachdruck in den Reihen der Hausherrn vertreten: meine Fraktion würde sie dabei restlos unterstützen.

Auch auf dem Gebiet der Wohnungsanforderungen sieht es heute trostlos aus.



Es gibt hunderte Familien, die mit mehr als 10 Köpfen in aus Zimmer und Küche bestehenden Wohnungen untergebracht sind. Es wäre zweckmäßig, wenn die Vertreter der ÖVP auf ihre Mandatare im Parlament einwirken würden, daß eine Novelle zum Wohnungsanforderungsgesetz bis 31. März fertiggestellt wird.

Mehr als 5000 Wohnungen sind von den Alliierten besetzt. GR. Maller hat erklärt, daß die Amerikaner durch ihre Bombenwürfe hunderttausende Wohnungen zerstört haben, aber nicht erwähnt, daß diese Bomben ja den Russen den Weg freigemacht haben. Die jetzigen Wohnungsbesetzungen haben aber mit den Kriegseignissen unmittelbar nichts zu tun. So auch nicht die Zustände im Wagramer Hof, in dem die Besatzungsmacht von 4 Stiegen nunmehr eine freigegeben hat. In dieser gibt es keine Fußböden mehr, keine Klossette, keine Wasserleitung, keine Beleuchtung, keine Türstöcke, keine Fensterrahmen, aber große Löcher in den Mauern. (GR. Lauscher: Das soll auch bei anderen Besatzungsmächten vorgekommen sein!) Daher wäre es unser aller Aufgabe, einmal mit den Alliierten in dieser Hinsicht ein offenes Wort zu sprechen.

Neben dem Wohnungsamt der Gemeinde Wien haben wir noch ein zweites, in dem man Scheine mit der Aufschrift gekommt: "Ist über Wunsch der Alliierten einzuweisen!" und das Wohnungsamt muß diesem Wunsche nachkommen. Dies kommt drei Jahre nach dem Kriege vor, zu einer Zeit, da man uns immer wieder Worte vom Frieden vorgaukelt und behauptet, Österreich wäre ein freier souveräner Staat. Auf den Zwischenruf des GR. Steinhardt: "Aber gekämpft wurde in Wien!" erklärt Redner: Wir Wiener hätten es im Jahr 1945 auch lieber gehabt, wenn der Krieg in Ungarn oder Rumänien zu Ende gegangen wäre und die rückflutenden Truppen nicht in unserem Lande Krieg geführt hätten. Daran sind nicht wir Österreicher schuld. Dem GR. Maller entgegnet er auf seinen Vorbehalt, daß 1938 mit "Ja" gestimmt wurde: Ich kann nicht untersuchen, ob der Herr GR. Maller im Jahr 1938 nicht auch "Ja" gesagt hat. Damals stimmten 99.5 % mit "Ja", und in diesen 99.5 % dürfte wahrscheinlich auch GR. Maller mit seiner Fraktion gewesen sein. (Lebhafte Heiterkeit und Zwischenrufe.)

Nach anhaltenden Zwischenrufen bei der KPÖ und SPÖ lenkt Redner die Aufmerksamkeit vor allem noch auf die Förderung des Kleingartenwesens, das nicht nur von volkswirtschaftlicher, sondern auch volksgesundheitlicher Bedeutung sei, sowie auf die



Notwendigkeit der Förderung der Kleintier und der Bienenzucht, und schliesst mit der Erklärung, die Sozialistische Fraktion werde für die Ansätze dieses Hauptstückes stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Bürgermeister Dr. h. c. Körner unterbricht die Vormittagsberatungen um 13.10 Uhr.

Um 15 Uhr wurden die Budget-Beratungen des Wiener Gemeinderates unter Vorsitz von GR. Dr. Robetschek fortgesetzt.

Als letzter Debatteredner zum VIII. Hauptstück sprach GR. Johann Swoboda (SPÖ). Er betonte am Beginn seiner Ausführungen, dass es dem gesamten Gemeinderat nur zu bekannt ist, unter welchen Schwierigkeiten dieses Budget erstellt wurde. Er gab daher der Meinung Ausdruck, dass es ganz unnütz sei, Wünsche oder Forderungen hier vorzubringen, deren Lösung dem einzelnen Stadtrat nicht zugemutet werden kann, weil die Schwierigkeiten ganz wo anders liegen. Man möge nur solche Dinge verlangen, von denen man weiss, dass sie durchgeführt werden können.

Dann gab der Redner selbst einige Anregungen. Er schloss sich vor allem dem Appell des StR. Resch an, bei der Beschliessung von Gesetzen im Parlament darauf zu achten, dass nicht ein Übermass von Verwaltungsaufgaben für die Gemeinde Wien entsteht. Man kann der Gemeinde nicht kostspielige Verwaltungsaufgaben auflasten, für die sie keine Bedeckung finden kann. GR. Swoboda erweiterte diesen Appell auch auf die Landesgesetzgebung im eigenen Haus und verwies dabei auf das Gesetz über die zeitliche Befreiung von der Grundsteuer. Die Durchführungsbestimmungen sind bis heute noch immer nicht erschienen. In diesem Zusammenhang richtete der Redner an den Amtsführenden Stadtrat das Ersuchen, dafür zu sorgen, dass nicht nur die Hausherren sondern auch die Mieter Gesuche zur Befreiung von der Grundsteuer einbringen dürfen.

Dann wies GR. Swoboda noch auf einige andere Gesetze und Verordnungen hin, die gleichfalls in ihren Ausführungsbestimmungen mangelhaft sind.



So zum Beispiel die Hausratverordnung oder die Grundsteuervorschriften. Weiter brachte der Redner auch Vorschläge über die Schlichtungsstelle des Wohnungsamtes ein, in der sich die Zahl der unerledigten Fälle häuft, weil es an sachkundigen Beamten fehlt. Auch gab er die Anregung, die vielen provisorischen Einweisungen in Gemeindewohnungen so bald als möglich durch einen Mietvertrag zu legalisieren.

Dann wandte sich der Redner an die Fraktion der österreichischen Volkspartei und gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß sich die Stellung der Nachfolger der Christlich-Sozialen zum sozialen Wohnhausbau grundlegend geändert habe. Er betonte jedoch, daß er zu ihren Worten so lange kein Zutrauen finden könne, als sie nicht auch durch Taten belegt werden. Er wies dabei auf eine Reihe von Gesetzen im Parlament hin, die schon längst unter Dach und Fach gebracht wären, wenn es die Kollegen der ÖVP dort gewollt hätten. Der Redner erwähnte in diesem Zusammenhang das Enteignungsgesetz, ohne dem das beste Wiederaufbaugesetz wirkungslos bleiben muß und das Gesetz über den Finanzausgleich.

Zum Abschluß betonte GR. Swoboda, daß seine Partei, getragen von dem Vertrauen der Wiener Bevölkerung, zur Mehrheit in diesem Hause bestimmt worden ist. Wenn es heute auch oft unüberwindliche Schwierigkeiten gibt, so ist die Wiener Bevölkerung dessen sicher, daß die Programme der sozialistischen Partei voll inhaltlich durchgeführt werden. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Mehrheit ihren Weg zum Wohl der Wiener Bevölkerung gehen wird, und lud die anderen Parteien ein, in sachlicher Form mitzuarbeiten. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

StR. Albrecht ging in seinem Schlußwort vorerst auf die Ausführungen des GR. Maller ein. Daß es auch am Wohnungsmarkt eine Schwarze Börse gibt, kann das Wohnungsamt leider nicht ganz verhindern. Es hat bereits ein Kontrollverfahren eingeführt, mit dessen Hilfe es Umgehungen des bestehenden Anforderungsgesetzes hintanhalten will.



Stadtrat Albrecht teilte sodann mit, dass von den im Jahre 1948 vergebenen rund 6.967 Wohnungen, 2.460 auf Grund von Hausherrenvorschlägen und 4.507 unter Ablehnung desselben oder einen solchen zugewiesen wurden.

Die Terminverluste bei Wohnungsvergebungen haben vor einem Jahr noch eine gewisse Rolle gespielt. Damals haben Wohnungswerber oft den Einweisungsschein bei sich getragen, weil die Wohnung nicht ihren Wünschen entsprach und der Hausverwalter hat dann diese Wohnung einfach vergeben. Heute besteht ein Notreferat, das jede Wohnung, auch wenn sie noch so schlecht ist, anbietet. Es gibt noch immer Wohnungssuchende, die solche Wohnungen instandsetzen, denn die Wiederherstellung kommt sie auf diese Weise billiger, als wenn sie die instandgesetzte Wohnung vom Hausverwalter kaufen müssten.

Bezüglich der Organisation des Parteienverkehrs bemerkte der Referent, dass es nicht leicht sei mit Wohnungssuchenden zu verkehren. Das Wohnungsamt ist aber ständig bemüht ihre Auskunftsstelle auszubauen, um die Parteien so zu behandeln wie es verlangt wird.

Betreffend der Zinse für den Verleih von Nazimöbeln durch die Gemeinde Wien, zeigte der Referent an Hand von Zahlen auf, dass hier den Ausgebombten und politisch Verfolgten weitgehendst entgegengekommen würde.

Wenn GR. Mühlhauser die Unterstützung der gemeinnützigen Baugenossenschaft verlangt hat, so glaubt der Redner nicht, dass jetzt schon der Zeitpunkt dafür gekommen ist.

StR. Albrecht sprach dann über die Geschäftsraumlenkung und betonte, dass nicht die Absicht bestehe, die Geschäftslokale einer Kontrolle zu unterziehen. Es gibt aber viele Vereine, die vollkommen unberechtigt einen grossen Teil von Wohnräumen als Büros verwenden. Bei der grossen Zahl von Wohnungssuchenden und der vielen Ärzte, die nur beschränkt Räume zur Ausübung ihrer Praxis zur Verfügung haben, geht es nicht an, dass viele Wohnungen ihrem eigentlichen Zweck entzogen sind.



Die beanstandete Abstandnahme von der Anforderung in manchen Fällen ergibt sich dadurch, dass bei Todesfällen Verzögerungen eintreten und die Wohnungen monatelang leerstehen müssen. Wenn nun ein Hausverwalter zustimmt, dass die freie Wohnung bezogen wird, erteilt das Wohnungsamt in solchen Fällen die Bewilligung ohne Anforderung. Von freistehenden Gemeindewohnungen ist dem Stadtrat nichts bekannt und er bittet um Nennung eines jeden solchen Falles. (GR. Mühlhauser: Sie werden in jedem Fall eine Ausrede haben!) Ich bin nicht gewohnt, Ausreden zu gebrauchen, ich werde den Mut haben, jeweils die Begründung zu geben.

Der Antrag Mühlhauser auf Grundsteuererleichterungen kommt zu spät, da die zuständige Magistratsabteilung diese Frage bereits bearbeitet.

Gegenüber GR. Weber stellt der Stadtrat fest, er sei wohl für die Kleintierzucht, aber nicht für die Kleintierhaltung in den Wohnungen. Es ist anzunehmen, dass die im Sommer im Ernteland aufgezogenen Tiere im Winter in den Wohnungen gehalten würden.

Wir alle wünschen eine Vereinfachung des bürokratischen Apparates und werden jede Möglichkeit in dieser Hinsicht unterstützen. Zu der vom GR. Swoboda vorgebrachten Klage über nichtabgeschlossene Mieterträge in den Gemeindehäusern bemerkt der Stadtrat, dass ein Mietertrag erst abgeschlossen werden kann, wenn das alte Mietverhältnis rechtlich erloschen ist.

Der Berichterstatter beantragt die Annahme des Voranschlages der Geschäftsgruppe VIII. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abstimmung wird der Voranschlag der Gruppe VIII unverändert angenommen. Der Antrag Mühlhauser auf Grundsteuererleichterungen wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Sodann gelangt die Geschäftsgruppe IX, Wirtschaftsangelegenheiten, zur Verhandlung. Berichterstatter StR. Flödl erinnerte an die in den letzten Monaten infolge Steigerung der Produktion erfolgte Auflassung oder Einschränkung der Bewirtschaftung. Die freigegebenen Waren wurden verschiedentlich zu ungerechtfertigten Preiserhöhungen benützt, die in allen Kreisen der Bevölkerung höchsten Unwillen erregten.



Er unterstreicht, daß bei Herausnahme einzelner Waren aus der Bewirtschaftung die Preisvorschriften weiterhin strengstens zu beachten sind. Die Strafbehörden des Hauptwirtschaftsamtes sind angewiesen, der Preisgestaltung ihr größtes Augenmerk zu widmen und Verfehlungen unnachsichtlich anzuzeigen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Auf dem Gebiete der Textilien zeigt sich eine günstige Aufwärtsentwicklung, die aber den Bedarf der Wiener Bevölkerung noch nicht gänzlich decken kann. Der Berichterstatter erinnert an die Lockerung der Textilbewirtschaftung und stellt entgegen einer in der Generaldebatte geäußerten Meinung fest, daß die amerikanischen Überschußgüter für die Versorgung von wesentlicher Bedeutung waren und von tausenden Wienern gekauft wurden. Die Kleiderkarte wurde bereits in ihrem vollen Punktwert aufgerufen. In Notstandsfällen können darüber hinaus Bezugsscheine angefordert werden. Eine beengte Versorgungslage herrscht noch immer bei Bettwäsche, Schafwollstoffen und Kunstseidenstrümpfen.

Die Schwierigkeiten in der Lederbewirtschaftung konnten zum Teil, insbesondere mit Hilfe der Rohhautlieferungen aus dem Europahilfsplan, überbrückt werden. An die Wiener Schuhmacher wurden im Laufe des Jahres 314.000 Kilogramm Unterleder, 2800 Quadratmeter Oberleder, 800 Quadratmeter Futterleder und 24.700 Kilogramm Unterleder für Reparaturzwecke ausgeteilt. Damit sind die Schuhmacher in die Lage versetzt, die Reparaturen zu einem großen Teil klaglos durchzuführen. Im Schuhsektor machte sich der acht Wochen dauernde Schuharbeiterstreik ungünstig bemerkbar, sodaß der Ausfall der Produktion erst mit Ende des Jahres aufgeholt sein wird. In den ersten 11 Monaten wurden 547.000 Paar Schuhe ausgegeben. Die Schuhreparaturkarte hat sich überlebt und wird für 1949 nicht mehr aufgelegt werden. Petroleum, Gasöl und Schmieröl können derzeit ohne Bezugsgenehmigung abgegeben werden, Bezugsmarken werden nur mehr für Benzin und Heizöl benötigt. Die Ausgabe von Benzin für Industriezwecke weist wesentliche Besserungen auf; gegenüber dem Sommer können Steigerungen von 100 bis 200 Prozent festgestellt werden.

Die Mitte des Jahres erfolgte Aufhebung der Fahrradbewirtschaftung hat sich durchaus bewährt. Hinsichtlich der Fahrradbe-  
reifung herrscht noch immer große Knappheit. In diesem Jahr wurden bisher 60.000 Fahrradmäntel und 92.000 Fahrradschläuche gegen



Marken abgegeben. Der Bedarf an Kraftfahrzeugreifen übersteigt noch bei weitem die Produktion, sodass in dieser Sparte die Bewirtschaftung vorläufig nicht aufgehoben werden kann. Die in den Zeitungen vor einigen Wochen behauptete grosse Lagerung von Reifen stellte sich als Irrtum heraus. Besonderer Mangel herrscht an schweren Reifen für grössere Lastkraftwagen.

Auch die Bewirtschaftung von Seife und Waschmitteln gestaltete sich etwas besser. Die Bezugscheinpflicht für Waschpulver konnte aufgehoben werden. Einweichmittel und Kristallsoda konnten aus der Bewirtschaftung ausgeschieden werden.

Die Entwicklung des laufenden Kohlenwirtschaftsjahres zeigte das Anhalten einer erfreulichen Aufwärtsbewegung. In den verflossenen acht Monaten konnten nach Wien 1,063.000 Tonnen geliefert werden, das sind um 30% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im Hausbrandsektor allein waren es über 460.000 Tonnen, das ist eine Steigerung von 23 Prozent. Leider erfolgte die Abnahme der Brennstoffe während der Sommermonate infolge der Geldverknappung nur sehr schleppend. Erst mit Eintritt des kalten Wetters ist ein stärkeres Interesse für Kohle eingetreten. Mit der in den letzten Wochen geforderten Abgabe einer erheblichen Anzahl von Eisenbahnwaggons dürfte es zu Transportschwierigkeiten kommen. Dadurch ist die Auslieferung der restlichen erst im November aufgerufenen 100 Kilogramm Haushaltskohle bis Jahresschluss nicht mehr möglich. Im Hinblick auf die besseren Gas- und Stromverhältnisse, auf die zur Verfügungstellung der sogenannten Belegschaftskohle und auf den Umstand, dass jeder Haushalt bisher mindestens 200 Kilogramm Kohle erhalten hat, kann aber dem kommenden Winter schon ruhiger entgegengesehen werden. Immer aber steht noch das Gebot der Sparsamkeit im Vordergrund. Es besteht die Absicht, für die Raumheizung über die festgesetzte Menge von 300 kg pro Haushalt hinaus noch einen Aufruf zu tätigen. Ausmass und Auslieferungszeit kann aber noch nicht angegeben werden. Für einen 100 kg Aufruf pro Haushalt werden 72.000 Tonnen oder 4.000 Waggon benötigt.



Die Leistungsfähigkeit der Elektrizitäts- und Gaswerke steht in inniger Wechselwirkung zu den Brennstoffverhältnissen. Die seit Frühjahr d.J. anhaltende 24stündige Gasabgabe ist im wesentlichen eine Folge der verbesserten Kohlsituation. Auch die Kokserzeugung hat sich wesentlich erhöht, so daß Koks innerhalb der aufgerufenen Mengen bereits wieder für Raumheizung abgegeben werden kann. Ein weiterer Fortschritt ist die in den nächsten Tagen zu erwartende Aufnahme der Briketterzeugung. Hoffentlich kommt es bald auch zur Erzeugung von Briketts aus inländischer Braunkohle, deren Herstellung noch Schwierigkeiten infolge Fehlen der notwendigen Bindemittel begegnet. Die weitere Hebung des inländischen Bergbaues ist eine ökonomische und soziale Notwendigkeit. Die heimische Braunkohle bleibt zum größten Teil in den Erzeugerländern. Seit ersten Oktober findet sie auf Grund des Beimischungszwanges, der mit 20 Prozent beziffert ist, auch in Wien Verwendung.

Die Brennholzversorgung bereitete im vergangenen Sommer keine Schwierigkeiten mehr. Gegenwärtig ist im allgemeinen eine gewisse Versteifung in der Aufbringung zu beobachten, deren Ursachen teils in den Überschlagerungen der Vorjahre, teils in der mit Ende dieses Jahres erfolgenden Auflösung der Holzwirtschaftsstelle liegen. Auch die Waggonbeistellung und der Umstand, daß die Bundesländer ihren Eigenbedarf zuerst decken, spielt hier mit. Anlässlich der Auflösung der gleichfalls mit Jahresschluss liquidierenden Holzbeschaffungsstelle spricht der Amtsführende Stadtrat dem Leiter und den Angestellten und Arbeitern dieser Dienststelle den besonderen Dank aus. (Lebhafter Beifall.)

Im Beschaffungswesen wurde im laufenden Geschäftsjahr das Hauptaugenmerk vor allem auf die Beschaffung von Waren besserer Qualität und die Erlangung günstiger Preise gerichtet. Tatsächlich erhält die Stadt derzeit fast in allen Branchen qualitativ hochstehende Waren und meist auch in den notwendigen Mengen. Von der Gesamteinkaufssumme des heurigen Jahres von über 40 Millionen Schilling entfallen rund 25 Millionen auf Brennstoffe.

Bei den sogenannten Wirtschaftswaren ist ein Mangel, mit Ausnahme von Auto- und Fahrradreifen, überhaupt nicht mehr festzustellen. Auch die Qualität der Papier- und Schreibwaren hat sich erfreulich gebessert.



Die städtische Bäckerei liefert ausser für die meisten städtischen Anstalten auch heuer wieder das Brot für die französische Besatzungsmacht und für die Schulausspeisung der WÖK.

Von den 435 Schulgebäuden der Volks-, Haupt- und Sonderschulen stehen derzeit 337 für Unterrichtszwecke zur Verfügung. Von den Besatzungsmächten sind noch 9 Schulgebäude in Anspruch genommen, 2 von dem Komitee der jüdischen KZ-ler für Schulzwecke, 19 Schulhäuser werden zu Unterbringung von Flüchtlingen und Bauarbeitern verwendet, 15 dienen noch für verschiedene öffentliche Zwecke, und 53 Schulen sind zerstört.

Die Schülerzahl an den Pflichtschulen hat gegenüber 1945 mit 78.200 bereits einen Stand von 125.841 erreicht.

Infolge/<sup>der</sup> hohen Geburtsziffern ab 1939 wird sie auch noch in den nächsten Jahren steigen. Heuer konnten wieder 301 Klassenräume für den Unterricht zusätzlich in Benützung genommen werden. Für den Unterricht wurden 338.000 Lehrbücher, 206.000 Klassen<sup>lese</sup>stoffe und alle übrigen Lernmittel den Schülern der Pflichtschulen unentgeltlich zur Verfügung gestellt, eine Leistung, die in dieser schweren Zeit besonders hervorgehoben zu werden verdient. (Lebhafter Beifall.)

Der intensive Schulstudienbetrieb des Pädagogischen Instituts der Stadt Wien wird wie in den Vorjahren in der Zentrale und in den Zweigstellen abgehalten. Im Wintersemester 1948/49 sind 162 Vortragende beschäftigt und 2.632 Hörer eingetragen. Die Wochenfrequenz beträgt 8.400 Hörer.

Auch die Pädagogische Zentralbücherei erfreut sich eines ständig wachsenden Zuspruches. Im laufenden Schuljahre wurden 70.206 Bücher an 21.430 Personen entliehen. Der Zuwachs an Büchern betrug rund 2.000 Bände, die der Hauptsache nach aus Spenden stammen, darunter rund 500 Werke aus Amerika und 250 aus der Schweiz.

An den 37 Berufsschulen werden gegenwärtig 29.000 Lehrlinge unterrichtet, das sind um 3,5 Prozent weniger als im Vorjahre. An den Handelsakademien befinden sich 1.372 Schüler, um 15 Prozent weniger als im Vorjahre.



Auch der Schülerstand bei den Wirtschaftsschulen ist um 12 % gesunken und beträgt 955 Schüler. Den größten Ausfall haben die Lehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Berufe mit einem Stand von 758 Schülern, das ist ein Rückgang um 17 Prozent.

Der Grundbesitz der Stadt Wien beträgt derzeit im Gemeindegebiete rund 24.000 Hektar, außerhalb Wiens rund 25.000 Hektar. Auch für dieses Jahr war eine Verkaufssperre für städtischen Grundbesitz verfügt, an der auch im nächsten Jahre grundsätzlich wird festgehalten werden müssen. Im Hinblick auf die einsetzende größere private Bautätigkeit und den Wiederaufbau zerstörter Objekte werden aber in Zukunft von der Verkaufssperre vielfach Ausnahmen gemacht werden müssen. Auch der Ankauf von Grundstücken war nur im beschränkten Umfange möglich. Für das nächste Jahr ist auch eine Belebung in dieser Hinsicht zu erwarten.

Alle nicht entsprechend genutzten Grundflächen wurden im Interesse der Ernährungswirtschaft Anbau- oder Erntelandszwecken zugeführt. Den erhöhten Nachfragen nach städtischen Grundflächen für gewerbliche und industrielle Zwecke kann nur in den seltensten Fällen entsprochen werden.

Die in diesem Jahr erfolgte wirtschaftliche Aufwärtsbewegung Wiens, schließt StR. Flödl, berechtigt uns zu der Hoffnung, daß diese Entwicklung auch im kommenden Jahre anhält und der Stadt sowie ihrer Bevölkerung damit auch neuen wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand bringen wird. (Lebhafter Beifall.)

In einer ausführlichen Rede nahm GR. Dr. Soswinski für die kommunistische Fraktion zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX Stellung. Er beschäftigte sich zunächst mit den Schulen und wies nach, daß sich hier die Verhältnisse von Jahr zu Jahr verschlechtern. Der Referent hat erklärt, daß im heurigen Jahr 13.000 Kinder mehr als im Vorjahr die Wiener Schulen besuchen und daß diese Zahl noch weiter ansteigen werde. Im nächsten Jahr wird aber nur der Bau von vier neuen Schulen in Angriff genommen. Das ergibt 22 neue Klassenzimmer für den Unterricht. Bei Wechselunterricht sind das 44, bei Schichtunterricht 66 neue Klassen. Demgegenüber werden aber 294 Klassen benötigt. Viele Schulen stehen derzeit auch leer, weil die Mittel fehlen, um sie wieder einzurichten. Während 1927/28 in Wien auf eine Klasse durchschnittlich 29 Kinder kamen, werden es 1949 77 Kinder pro Klasse sein.



Der Redner kam auch auf die Anstellung von Lehrern zu sprechen. Man trägt sich hier mit der Absicht, ein Viertel der Kosten dafür den Ländern aufzuerlegen. Man hat zwar gleichzeitig den Ländern 68 Millionen Schilling als Ablöse gegeben; wenn nun aber mehr Lehrer eingestellt werden müssen, so muß ein Viertel dieser Kosten aus eigenem getragen werden.

GR. Soswinski bemängelte auch die große Verschmutzung unserer Schulen und besonders der Turnsäle. Er stellte in diesem Zusammenhang fest, daß die Ärzte schon darauf hingewiesen haben, daß sich bei den Schulkindern schwere Haltungsfehler bemerkbar machen. Auch die Klosette sind in einem solchen Zustand, daß sich die Kinder scheuen, sie zu benützen, woraus sich wieder gesundheitliche Schäden ableiten. Bei Kontrollen in Schulen wurden in einer Klasse 6 in einer anderen 11 Kinder gefunden, die Läuse und Nissen hatten. Auch fehlt es an der entsprechenden ärztlichen Betreuung der Schulkinder. Der Redner wies noch darauf hin, daß der Wechselunterricht besonders in den Randgemeinden äußerst schwierig durchzuführen ist.

Dann kam GR. Soswinski auf das Elend der Lehrerschaft zu sprechen und zitierte einige besonders krasse Fälle. Die Bezahlung der Lehrer sei, wie er feststellte, nicht nur eine Frage der physischen Erhaltung sondern auch eine kulturelle Frage.

Auch das Berufsschulwesen liegt sehr im argen. Der Redner gab hier die Anregung, man möge wieder die alte Form des Fortbildungsschulrates unter Eliminierung der unmodernen Bestimmungen erwägen.

Dann wandte sich der Redner dem Beschaffungssamt zu und bemängelte besonders, daß für das kommende Jahr nur ein Kredit von 8 Millionen Schilling vorgesehen sei, während im vergangenen Jahr dafür 40 Millionen zur Verfügung standen. Er wies auf die Gefahren hin, die daraus erwachsen könnten und widerlegte gleichzeitig an Hand eines Berichtes des Direktoriums der Nationalbank die Behauptung von StR. Resch, daß die Spareinlagen in den letzten Monaten gestiegen seien.



Er gab seiner Befürchtung Ausdruck, dass im nächsten Jahr eine Reihe von notwendigen Einkäufen nicht zeitgerecht durchgeführt werden könne. Aus diesem Grund verlangte der Redner eine Planung der Wirtschaft dieser Verwaltungsgruppe.

Dann behandelte GR. Dr. Soswinski die Auswirkungen des Marshallplanes auf die Stadt Wien, wobei er öfters von Zwischenrufen aus den Bänken der Volkspartei unterbrochen wurde. Er stellte fest, dass der Bau des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug, der für Wien überaus wichtig wäre, vernachlässigt wird, während in den westlichen Bundesländern Kraftwerke gebaut werden. Er forderte auf, mehr für die Rechte unserer Stadt und mehr gegen die Benachteiligung Wiens aufzutreten.

Im Zusammenhang mit dem Problem der Donauschiffahrt behandelte der Redner auch die Frage, welche Warenlieferungen aus dem Osten nach Wien kommen könnten und wies nach, dass von den Getreidemengen, die Russland ausgeführt hat, mehr als zur Hälfte in Länder gegangen ist, die am Marshallplan beteiligt sind. Sogar die Schweiz tauscht russisches Getreide gegen Industrieartikel. "Ausreichende und billige Ernährung", betonte GR. Dr. Soswinski, "gibt es auch in Ländern des Marshallplanes nur durch die Sowjetunion." Zum Abschluss seiner Ausführungen wiederholte der Redner nochmals die Forderung nach einer Planung auch für die ganze Wirtschaft unserer Stadt und Österreichs.

GR. Pink (ÖVP) begrüsst den wirtschaftlichen Aufschwung in Österreich. Durch das Freiwerden verschiedener bewirtschafteter Artikel ist das Arbeiten der Verwaltungsgruppe IX leichter geworden.

Wenn im nächsten Jahr noch für einige Artikel die Bewirtschaftung aufgehoben werden wird, ist damit zu rechnen, dass noch einige Prozent mehr an Beamten des Hauptwirtschaftsamtes, als die von StR. Flödl genannten 40 Prozent, frei werden. Es muss nun Aufgabe der Gemeindeverwaltung sein, diese Angestellten rechtzeitig, ihren Fähigkeiten entsprechend, anderswo unterzubringen.

Die Zuteilung von Hausbrandkohle sei gegenüber dem Vorjahre zwar gestiegen und es ist eine weitere Erhöhung zu erwarten, doch wird sie noch immer nicht den Wünschen der Bevölkerung entsprechen. Es müsse getrachtet werden, den Haus-



halten, vor allem jenen, die nur Kohlenfeuerung haben, mehr Kohle zur Verfügung zu stellen. Auch für die Kleingewerbetreibenden, wie Schuster, Schneider, Friseure usw., wäre eine Erhöhung der Kohlenzuteilung zu erwägen, damit diese ungestört ihrem Berufe nachgehen können. In diesem Zusammenhang erwähnte der Redner noch den umständlichen Weg für die Bezieher von Krankenkohle. Die Zuteilung müsse auch von den Magistratischen Bezirksämtern vorgenommen werden können.

Durch das Ansteigen der Schülerzahlen ist eine Vermehrung der Schulräume erforderlich. Wenn das Schulproblem gelöst werden soll, müssen für bauliche Investitionen und für Behebung von Kriegsschäden an Schulen grössere Beträge ausgeworfen werden als im vorliegenden Budget. Es müsse ferner getrachtet werden, von den Besatzungstruppen die Freigabe der Schule zu erreichen.

GR. Pink erwähnte in diesem Zusammenhang, dass bei manchen Schulen die Umgebung nicht den gesundheitlichen Anforderungen entspreche. So sei z.B. vor einer Schule im 2. Bezirk ein gewaltiger Schuttberg - der Redner bezeichnete ihn als den 2. "Leopoldsberg" - der raschest entfernt werden müsste, da der Staub sogar durch die geschlossenen Fenster in die Schulräume dringe.

Durch die Einhebung der Sportsteuer müsse es der Gemeinde Wien nun leicht fallen, die Miete für die Turnsäle zu ermässigen. Der Grossteil der Vereine kämpft mit finanziellen Schwierigkeiten, denn ihre einzigen Einnahmen sind nur die Beiträge ihrer jugendlichen Mitglieder.

Der Redner verlangte weiter, dass mit Beschleunigung dazugegangen werden solle, Liegenschaften und Stiftungen, die durch die NS-Verwaltung in den Besitz der Gemeinde gelangt sind, ihrem ursprünglichen Zweck zuzuführen.

Von Seiten der Berufsschule für Glaser und Maler sei Klage geführt worden, dass ihnen zu wenig Material zur Verfügung stehe. Wenn Lehrer und Schüler nicht selbst Malfarbe oder Glas mitbringen würden, könnten sie ihre Tätigkeit nicht ausüben.



Der Redner gab zu bedenken, ob die Subvention für die Berufsschulen von 30.000 Schilling auch wirklich richtig angelegt worden sei. (Beifall bei der Volkspartei.)

GR. Dr. Stemmer antwortet auf die Ausführungen der GR Nora Hiltl in der Generaldebatte zu Fragen des Schulwesens: Wenn die Rednerin der Volkspartei meinte, daß der Wiener Stadtschulrat in der Schule Einfluß zu gewinnen suche, um durch Terror die Machtergreifung der Sozialistischen Partei vorzubereiten, so ist das einerseits eine gewaltige Überschätzung einer Schulbehörde, andererseits aber eine gewaltige Unterschätzung des Präsidenten Dr. Zechner, der 1934 am eigenen Leib erfahren hat, was Terror bedeutet. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Ein Leitartikel der ÖVP-Presse im Jänner 1946 hat Dr. Zechner den "Totengräber der Demokratie" genannt, weil er nicht gewillt war, eine Person, die dem Schulwesen aufgedrängt werden sollte, ohne weiteres zu akzeptieren. Der Redner weist an Hand von Ziffern nach, daß der Wiener Stadtschulrat keineswegs einseitig besetzt ist. Von 9 Landeschulinspektoren gehören 5 den Sozialisten, 3 der Volkspartei und 1 den Kommunisten an, von 18 Bezirksschulinspektoren 11 den Sozialisten, 5 der Volkspartei und 2 den Kommunisten, bei der Fachinspektion 5 der Volkspartei und 3 den Sozialisten an. Die Lehrerbildungsprüfungskommission für das Mittelschulwesen steht unter der Leitung eines Landeschulinspektors, der der Volkspartei angehört. Ich kenne sagt der Redner, kein einziges Bundesland, wo auch nur eine ähnliche Vertretung der Sozialistischen Partei im Schulwesen gegeben wäre. Unter den Bezirksinspektoren der Volkspartei befindet sich ein Mann, der als Präsident der katholischen Lehrerschaft im Februar 1939 vor dem Rathaus dem Bürgermeister Schmitz gedankt hat, daß der Schandfleck Seitz endlich aus dem Rathaus entfernt wurde. (Hört!Hört!-Rufe bei den Sozialisten.)

Wenn die GR. Hiltl weiter von einem sozialistischen Personalreferenten sprach, der immer wieder die Frage nach der Zugehörigkeit nach einer gewissen Partei stellte, so ist zu antworten:



Unser Personalreferent, der die Pflichtschulen verwaltet, muss oft die Frage nach der Zugehörigkeit zu der Volkspartei stellen, weil diese Partei immer mit einer langen Protektionsliste kommt, wobei man aufpassen muss, dass man keinen übersieht, der vom Bundeskanzler oder vom Vizebürgermeister Weinberger empfohlen wurde. Im Unterrichtsministerium gibt es dagegen nur Personalreferenten von einer Partei, die bei Bewerbungen von Sozialisten immer erst beim Bundeskanzleramt oder in neuester Zeit auch in Berlin anfragen müssen. (Ruf bei der Volkspartei: "Wie schaut es beim Sozialministerium aus? - Gegenruf bei der SPÖ: "Wir reden jetzt vom Unterricht! - Gemeinderat Marek: "Die alte Methode: Reden wir von etwas anderem!")

Von den Lehrern an Wiener Schulen sind heute zwei Drittel Frauen. Dieses an sich unnatürliche Verhältnis hat die Entwicklung mit sich gebracht. Diese vom Redner schon einmal festgestellte Tatsache hat eine Frauenzeitung der Volkspartei zu dem Ausspruch veranlasst, dass sich bei den Sozialisten eine gewisse gegnerische Einstellung zu den Fragen der Frauen bemerkbar mache. (Heiterkeit bei der SPÖ). Der Redner weist an Hand von Beispielen nach, dass die Volkspartei genügend Möglichkeiten hat, ihre Lehrerinnen auf Stellen unterzubringen. Man soll in diesem Zusammenhang nicht immer auf das Beispiel der Bundesländer hinweisen. In Tirol und Vorarlberg gibt es trotz der fast 30 Prozent der bei den letzten Wahlen für die Sozialisten abgegebenen Stimmen nicht einen einzigen sozialistischen Schulleiter, geschweige denn einen Inspektor. In einem Ort im Lungau wurde dem bisherigen Schulleiter ein neuer Mann mit der Begründung vorgezogen, dass er sehr aktiv beim Kirchengesang mitwirke: der bisherige Oberlehrer hingegen lasse auf Grund seiner Betätigung für die sozialistische Partei politische Neutralität vermissen und der Ortschulrat ist der Ansicht, dass ein Lehrer ebenso politisch zurückhaltend sein soll wie der Katechet. (Heiterkeit).

In der letzten Zeit wurde die Öffentlichkeit mit dem Schlagwort vom Terror gegenüber den Elternvereinen erregt.



Die seit 1919 bestehenden Elternvereine, die Wertvolles geleistet haben, arbeiten auf Grund von Otto Glöckel seinerzeit herausgegebenen Richtlinien. Diese Richtlinien haben seit 1934 die ganze Zeit überdauert, bis der gegenwärtige Unterrichtsminister daran Anstoß nahm. Das "Kleine Volksblatt" sprach von parteipolitischer Knebelung der Elternschaft und sozialistischer Willkür des Stadtschulrates. Der angebliche Terror besteht nun darin, daß in der Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule den Schulbehörden ein gewisser Einfluß gesichert wird. Der Vorwurf, die Referenten in den Elternvereinen gehörten einseitig einer Partei an, ist deswegen ungerechtfertigt, weil die Antwort des VBgm. Weinberger auf die Einladung, Referenten namhaft zu machen, bis heute noch nicht erfolgt ist. Man spricht davon, die Lehrer stünden unter der Botmäßigkeit des Stadtschulrates. Dazu stellt der Redner fest: Botmäßigkeit ist ein Vokabel, das bei uns seit 1945 nicht mehr üblich ist. Wenn die Volkspartei der Meinung ist, daß in die Elternvereine politische Fragen hineingetragen werden sollen, so wird das nicht von Nutzen sein. Partei- oder kulturpolitische Fragen dürfen nicht in der Schule, sondern müssen in den parlamentarischen Körperschaften gelöst werden. Präsident Dr. Zechner hat es bereits im Parlament ausgesprochen: Wenn man meinen sollte, daß die Elternvereine politisiert werden sollen, dann werden sie eben nicht bestehen!

Zu der Aufforderung des Blattes der Akademiker-Seelsorge, die katholischen Intellektuellen mögen in den Elternvereinen die kulturpolitischen Forderungen der Kirche vertreten, erklärt Redner, es gäbe also doch Interessenten, die die Elternvereine für solche Zwecke mißbrauchen wollen. Er weist auch die Unterstellung zurück, man müsse den Erklärungen des Wiener Stadtschulrates von vorneherein mißtrauen, weil an seiner Spitze Vertreter einer bestimmten politischen Richtung säßen.

Auf die Schulgesetzgebung übergehend hält Redner den Ausführungen der GR. Hiltl entgegen, daß die Frage des Religionsunterrichtes keine Streitfrage mehr sei. Anders sei es allerdings mit dem Schulgesetzentwurf des Unterrichtsministeriums, mit dem eine Anzahl von Kompetenzen personeller Art zusammenhänge, die auch die Stadt Wien sehr interessierten.



Wenn zum Beispiel im § 1 dieses Entwurfes festgelegt ist, dass nur solche Lehrer im Schuldienst verwendet werden können, die einträchtig mit der Kirche zusammenarbeiten wollen, zeige dies deutlich, dass man sehr vorsichtig sein müsse. Im § 192 des Entwurfes heisst es, dass in den Lehrerbildungsanstalten nur solche Lehrer herangebildet werden sollen, die in sich die Forderungen des § 1 lebendig verwirklichen. Dies bedeute, dass Andersgläubige oder gar konfessionslose Lehrer von vorneherein abgelehnt werden: eine weitere Mahnung zur Vorsicht.

Hinsichtlich der Privatschulen setzt § 30 des Entwurfes fest, dass die Schulerhalter, die eine öffentliche Schule zu erhalten haben, auch gleichzeitig die konfessionellen Privatschulen im vollen Ausmass miterhalten müssen. Es handle sich also nicht bloss um eine Subvention oder einen Beitrag. Eine flüchtige Berechnung habe für Wien ergeben, dass ungefähr ein Fünfzehntel aller Schüler in konfessionelle Privatschulen geht. Dies bedeute für jede Schulklasse um 1.9 Schüler weniger. Eine solche Verringerung des Schülerstandes bedeute aber keine Verringerung der Kosten der Schulklassen. Der Schulerhalter erspart also durch sie nichts, soll aber die Kosten der konfessionellen Schulen bezahlen.

Im § 19 heisst es, dass die Genehmigung für die Errichtung einer Privatschule nicht versagt werden kann, wenn ein Leiter in der Privatschule vorhanden ist, die Lehrer die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und sittlich einwandfrei, und alle Räume und Einrichtungen so beschaffen sind, dass die Sicherheit und Gesundheit der Schüler nicht gefährdet wird. Dies bedeute praktisch, dass unter diesen Voraussetzungen praktisch jedermann eine Privatschule eröffnen könne, für die dann aber der Finanzreferent der Stadt Wien die Kosten zu tragen habe. Die Beträge, um die es sich hier handelt, gehen in die Millionen. In der heutigen Zeit kann es nicht gleichgültig sein, ob solche Millionenbeträge privaten Institutionen zugeworfen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen. - GR. Dr. Prutscher: Grundsätzlich sind Sie also nicht dagegen! Es ist Ihnen nur um die Beträge zu tun!) Zum Grund-



sätzlichen~~en~~ verweist der Redner auf die entsprechenden Paragraphen des sozialistischen Initiativantrag im Nationalrat.

GR. Dr. Stemmer verweist zum Schlusse darauf, daß die Schäden in Wiener Pflichtschulwesen 180 Millionen Schilling ausmachen. Von diesen sind bereits Schäden in Höhe von 13 Millionen behoben. Wenn auch die restlichen Schäden in Höhe von 167 Millionen einmal erledigt sein werden, werden wir über diese Frage reden. (Starker Beifall bei den Parteigenossen.)

StR. Flödl verweist in seinem Schlußwort darauf, daß in seine Geschäftsgruppe nur der sachliche Schulaufwand, nicht aber die Unterrichtsverwaltung fallen.

Zu den Ausführungen des GR. Soswinski wegen zu wenig Schulräumen und der dadurch notwendigen Erhöhung der Durchschnittsschülerzahl erklärte er, diese müsse nicht unbedingt eintreten. Es sei durchaus möglich, durch eine Verstärkung des Wechselunterrichtes eine Erhöhung der Schülerzahl zu vermeiden, allerdings sei dies kein befriedigender Ausweg. Er hoffe, im nächsten Jahre wieder einige hundert Klassen der Benützung übergeben zu können. Die Behauptung der Verschmutzung der Schulklassen und der dadurch eintretenden Verwahrlosung der Kinder weist er mit der Feststellung zurück, daß eine solche nur auf schlechte Verhältnisse im Elternhause zurückzuführen sei. Für die Schulreinigung seien im nächsten Jahre 250.000 Schilling gegenüber nur 56.000 Schilling im Jahre 1947 präliminiert. Dieser Betrag erfahre praktisch noch eine Erhöhung durch den Rückgang der Preise für Reinigungsmaterialien. Der Vorwurf, die Ausgaben für das Beschaffungswesen seien von 40 Millionen auf 8 Millionen herabgesetzt worden, beruhe auf einem Irrtum, denn dieser Betrag stelle nur eine Höchstsumme für die zulässige Lagerhaltung dar, die tatsächlichen Ausgaben könnten diese Summe ohne weiters übersteigen. Betreffend den aus der Marshallhilfe verlangten Kredit für die Schaffung des Elektrokraftwerkes Ybbs-Persenbeug betont er, daß eine Verfügung über die Gelder aus dem Marshallplan nur im Einvernehmen mit der Europa-Hilfsstelle erfolgen könne.



In Beantwortung der Anregung des GR. Pink erklärt der Amtsführende Stadtrat zunächst zu dem Wunsche auf Erhöhung der Haushaltskohle für Nur-Kohlenfeuerer, dass gegenwärtig an diese monatlich 124 Kilogramm Kohle ausgegeben werden. Auch die Kleingewerbebetriebe seien bedeutend besser als im Vorjahre bedacht. Der Wunsch auf Ausgabe der Krankenkohle durch die Wirtschaftsämter und nicht durch das Hauptwirtschaftsamt begegne Schwierigkeiten, da die zentrale Bewirtschaftung der Kohle im Hauptwirtschaftsamt zusammengefasst sei: dies bedeute aber nicht, dass die Bezieher von Krankenkohle in das Hauptwirtschaftsamt gehen müssen, sondern die Ansuchen können auch schriftlich eingereicht und erledigt werden. Betreffend die Beschwerde hinsichtlich der Schule in der Blumauergasse werde er neuerdings der zuständigen Geschäftsgruppe nahelegen, die Müllablagerung an einen anderen Ort zu verlegen. Die Entscheidung über die Rückgabe der Stiftungen liege nicht beim Wiener Magistrat sondern bei der Bundesregierung.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Verwaltungsgruppe IX, Wirtschaftsangelegenheiten, einstimmig angenommen.

(Über die hierauf folgende Behandlung des Voranschlages für die Geschäftsgruppe X, Ernährungswesen, wird die "Rathaus-Korrespondenz" in ihrer morgigen Vormittagsausgabe berichten.)

#### Drosselung der Gasabgabe

=====

Wegen Mangel an Erdgas und dem übermässigen Gasverbrauch zum Heizen muss die Gasabgabe ab sofort von 8 bis 10.30 Uhr und von 13.30 bis 18 Uhr gedrosselt werden.

#### Klaglose Vorsorge für den Weihnachtsfleischauf Ruf

=====

Ernährungsminister Sagmeister und Landwirtschaftsminister Kraus besichtigten heute in Begleitung des Ernährungsreferenten der Stadt Wien, Stadtrat Jonas, das Kühllagerhaus St. Marx sowie die Grossmarkthalle und überzeugten sich von der klaglosen Vorsorge für den Weihnachtsfleischauf Ruf.

#### Preis für ungarische Kalkeier

=====

Das Markamt teilt mit:

Der Verbraucherpreis für ungarische Kalkeier beträgt S -.795 je Stück, daher für die aufgerufenen 2 Stück S 1.59. Die Ware weist einen Dreieckstempel mit H auf.



Eier für Kinder und Jugendliche  
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Auf Abschnitt 23 der Eierkarte erhalten Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre zwei Stück Eier gegen nachträgliche Anrechnung auf den Kaloriensatz.

Fettausgabe für die Neujahrswoche  
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

In Ergänzung des Aufrufes 48/4 (27.12.1948 bis 2.1.1949) wird an Kinder bis zu 12 Jahren Butter, an alle übrigen Verbraucher Schmalz ausgegeben.

Auf Abschnitt 10 der Lebenskarten erhalten Kinder bis zu 3 Jahren 125 g, Kinder von 3 bis 6 Jahren 160 g, Kinder von 6 bis 12 Jahren 220 g und außerdem auf die sechs Fettkleinabschnitte der vierten Woche aller Kinderkarten noch insgesamt 30 g Butter. Die Bezugsabschnitte für Butter sind abzutrennen und zu verrechnen!

Alle Verbraucher über 12 Jahre erhalten auf Abschnitt 10 der Lebensmittelkarte 220 g Schmalz; die 10 Fettkleinabschnitte der vierten Woche werden mit insgesamt 50 g Schmalz eingelöst.

Auf Abschnitt 39 ihrer Zusatzkarten erhalten Schwerstarbeiter 120 g, Schwerarbeiter sowie werdende und stillende Mütter 50 g Schmalz.

Abschnitt 10 aller Lebensmittelkarten mit dem Aufdruck "SV" ist ungültig.

Bohnenkaffee als Weihnachtszuteilung  
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

In einer Pressenotiz wurde behauptet, daß die an alle Verbraucher über 18 Jahre ausgegebene Weihnachtszuteilung von 7 dkg Bohnenkaffee in den Kaloriensatz eingerechnet wurde. Diese Behauptung ist unrichtig. Auch die anderen Weihnachtszuteilungen, wie die Zuteilung von Essfeigen an Kinder und Jugendliche, die Orangenzuteilung an sämtliche Verbraucher sowie die Zuteilung von 10 dkg Zucker an Kinder bis zu 12 Jahren wurden in den Kaloriensatz nicht einbezogen.